

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstr. 8/6, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Ort, Mk. 3.34.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Besteht für die einjährige Gesamtheit oder deren Mann 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungszwecke 15 Pfennige, Einzelhefte 5 Pf. Einmalige Beiträge für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktions 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 98.

Mittwoch, den 28. April 1909.

20. Jahrgang.

Ministerkrise in Ungarn.

Das ungarische Kabinett Weterle wird in den nächsten Tagen seine Demission geben. Damit gelangt die Geschichte der ungarischen Regierungspartei, der sogenannten Koalition, zu einem Wendepunkt, der es geboten erscheinen läßt, der politischen Situation in Ungarn einige Aufmerksamkeit zu widmen.

Das demissionierende Kabinett Weterle entstammte einer Parlamentsmajorität, die unter der Wahlsparole „Lösung aller bisher mit Oesterreich gemeinsamen Institutionen“ gewählt wurde. Diese Majorität verkaufte sich aber im Punkte der agrarischen Interessen „gemeinsam“ führenden feudalen Hocharistokratie Ungarns und ist eben jetzt diesen Prinzipienverrat zu vollenden. Als der ungarische Beamtenadel vor mehr als drei Jahren den Kampf um die Trennung der österreichisch-ungarischen gemeinsamen Armee eskalierte, erstrebte er durch die Einführung der ungarischen Armeesprache für seine Söhne eine erhöhte Unterkunftsöglichkeit in den Offiziersstellungen. Nachdem die Krone im Interesse des Großmachtprestiges jeder Armeereinigung die Zustimmung verweigerte, mobilisierte der Beamtenadel unter dem Schlagwort: Errichtung eines selbstständigen Zollgebietes die industriellen Schichten der ungarischen Bourgeoisie, die in der Ausrichtung ungarischer Zollschranken gegenüber Oesterreich die einzige Möglichkeit sahen, der das gemeinsame Zollgebiet der Monarchie beherrschenden österreichischen Industrie als Konkurrenten erfolgreich entgegenzutreten. Diese Mobilisierung des Mittelstandes erwies sich bei der bald erfolgten Auflösung des Parlaments unter Stefan Tisza als äußerst dankbares Unternehmen, die separatistischen Parteien stiegen im Wahlkampf, die Partei des Beamtenadels, die sogenannte Unabhängigkeitspartei, zog mit absoluter Majorität ins Parlament ein. Die Krone ernannte hierauf ein Beamtenministerium, das vom Parlament als unnational boykottiert wurde. Dieses Ministeriums Feindbar suchte nun Anschluß an die Arbeiterklasse, indem es unter Ausnutzung der proletarischen Forderung die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf ihr Programm setzte. Gleichzeitig wurde das stolze Parlament von einer Truppe Landwehrojubilanten nach Hause gejagt. Als sich zur Rettung des Privilegienparlaments im ganzen Lande keine Hand rührte, verkaufte sich der Beamtenadel mit Haut und Haar der das gemeinsame Zollgebiet und somit auch die gemeinsame Armee fordernden Feudalaristokratie, deren höchsten Verbindungen es glücklich gelang, das allgemeine Wahlrecht bis heute zu hintertreiben. Natürlich entsagte der Beamtenadel dafür allen nationalen, separatistischen Forderungen. Das Kabinett Weterle war der Repräsentant dieser neuen Parteikoalition, die Grafen Zichy und Andrássy fungierten als Vertreter der Feudalen, Kossuth und Apponyi als Vertreter der Beamtenaristokratie im Kabinett, das allerdings von der Krone gedrängt wurde, um des dem Volke gegebenen kaiserlichen Wortes Heiligkeit willen eine „Wahlrechtsreform“ — ein ungeheuerliches Pluralwahlrecht war geplant — durchzuführen. Die nationalen Forderungen auf die Armee verstoßen, an ihre Stelle traten die Forderungen des Beamtenadels nach immer neuen Stellungen in der Zivilverwaltung des ungarischen Staates. Diesen Forderungen sollte durch eine wilde Magyarisierungspolitik in den Zivilämtern Rechnung getragen werden. Der Beamtenadel wollte sich so für die entgangenen Offiziersstellen entschädigen.

Aus gleichen Gründen stellten vor Jahresfrist etliche Führer des Beamtenadels die Forderung auf, die gemeinsame österreichisch-ungarische Bank in zwei kartellierte Banken umzuwandeln, um in der zu errichtenden ungarischen Bank ausschließlich die ungarischen Aspiranten anstellen zu können. Die Krone widersehte sich aber dieser Forderung und rückte wieder die unerledigte Wahlrechtsfrage in den Vordergrund. Die Verhandlungen der ungarischen Minister mit der österreichischen Regierung führten zu keinem Ergebnis und das Kabinett Weterle wird somit in einigen Tagen seine Demission geben.

Kurz nach erfolgter Demission soll auf dem Wege der Fusionierung eine neue Majorität gebildet werden. Diese neue Partei ist ein unbeschriebenes Blatt und kann alle nationalen Forderungen, also auch die Bankfrage, unbedingt preisgeben. Das neue Ministerium, das aus dieser neuen Majorität hervorgehen wird, ist aber dafür gegenüber der Krone zu keinerlei Wahlreform verpflichtet. Mit anderen Worten: die alten Personen als neue Partei und neues Kabinett kostümiert, wollen ihre Prinzipien und die übernommenen Verpflichtungen mit ihren alten Kleidern ablegen. Das Namolleschwert der Wahlreform soll entfernt werden: das ist die Bedeutung der Demission Weterles, die Bankfrage ist der erwünschte Vorwand. Der plumpe Schwindel dieser Politik wird für westeuropäische Begriffe stets unfassbar bleiben, dennoch ist die Regierungsgeschichte dieses Kabinetts aus ähnlichen Schwindeln zusammengeflochten. Immerhin hat diese neueste Demissionskluge den Vorzug der Klarheit: sie soll der ungarischen Parlamentsmajorität auch äußerlich den grundsätzlichen Charakter der Volksfeindlichkeit geben.

Budapest, 26. April. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Die Galerien sind dicht gefüllt. Die Abgeordneten sind nahe vollständig versammelt. Ministerpräsident Weterle und die Minister Kossuth und Graf Apponyi wurden beim Erscheinen mit großen Ovationen begrüßt. Unter großer Spannung ergiff Ministerpräsident Weterle das Wort. Er teilte die Demission des Kabinetts mit, weil die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung ergebnislos gewesen seien und die Mitglieder des Kabinetts bezüglich der weiteren Schritte in der Bankfrage zu keinem Einverständnis hätten gelangen können. Der Ministerpräsident erludte das Haus, sich bis zur Klärung der Lage zu vertagen. Abg. Hothly von der Kossuth-Partei erklärte hierauf, daß die Kossuth-Partei nicht durch Starren die Lösung der Krise verhindern wolle, aber ihre Nachgiebigkeit habe gewisse Grenzen, über die hinaus sie nicht gehen werde. Handelsminister Kossuth erklärte, der Rücktritt des Kabinetts sei herbeigeführt worden, weil die Solidarität seiner Mitglieder in der Bankfrage aufgehört habe. (Zwischenruf: „Die Koalition hat aufgehört!“) Redner verwahrte sich dagegen, daß die Kossuth-Partei mütze werde. Die Partei und ihre Führer seien vor dem Lande und vor der Krone für ihre Ueberzeugung mannhaft eingetreten.

Bülow schlägt um sich.

Als eine politische Ohrfeige für den Reichskanzler hat die „Völkische Zeitung“ nicht mit Unrecht den Konservativen Antrag bezeichnet, der die Erbschaftsteuer durch eine noch etwas nebelhafte Reichswertzuwachssteuer ersetzen will. Fürst Bülow hat nun darauf tatsächlich mit einer Ohrfeige für die Liberalen geantwortet. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bekämpft in einer Polemik gegen die „Konservative Korrespondenz“, daß über den letzten Berliner Beamtenstag Feststellungen angeordnet wurden, „von deren Ergebnis es abhängen wird, ob Anlaß zu disziplinarischem Vorgehen gegeben ist“. Der Lärm, den die konservative Presse gegen die Beamten erhoben hat, hat also Erfolg gehabt, wir stehen vor neuen Beamtenmaßregelungen, wie sie in Preußen-Deutschland zu allen Zeiten üblich, im Blockzeitalter aber zur wahren Epidemie geworden sind.

Angesichts dieses Erfolgs können die „alten Freunde“ des Fürsten Bülow es immerhin sich gefallen lassen, wenn das Organ der Regierung gegen den schroffen Tadel der „Konservative Korrespondenz“ einige bescheldene Einwendungen zu erheben magt. Die „Konservative Korrespondenz“ hatte festgestellt, daß die Bewegung für die Reichsfinanzreform „bedenkliche Formen“ angenommen habe und daß sich diese bedenkliche Agitation unter Duldung und Förderung durch die Regierung vollziehe. Darauf antwortet nun die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Wenn sich zugunsten der Finanzvorschläge der verbündeten Regierungen im Lande während der letzten Monate eine wachsende Bewegung geltend gemacht hat, so kann dies als erfreulich es Zeichen für die steigende Teilnahme an dem Werke der Finanzreform nur begrüßt werden. Die Regierung nimmt das Recht für sich in Anspruch, in der öffentlichen Meinung ihre Vorlagen zu vertreten und die konservative Bevölkerung ebenso wie die Liberalen in ihrem Sinne aufzuklären. Die Ausübung dieses Rechtes, hat übrigens bisher auch konservativste Anschauungen entsprochen. Dabei muß anerkannt werden, daß die Bewegung sich im wesentlichen in einwandfreien Bahnen hält. Insbesondere gilt dies für die vom Reichskanzler empfangenen Abordnungen. Wir nehmen daher nicht an, daß sich die Beschwerden der Konservativen Korrespondenz gegen diese Kundgebung richten. Sollte sie Neuerungen im Auge haben, die auf dem Beamtenstage gefallen sind, so möchten wir betonen, daß diese Versammlung der Reichsregierung durchaus unerwünscht gewesen, daß vor ihrem Besuch sogar ausdrücklich gewarnt worden ist. Ueber die Vorgänge auf diesem Tage sind Feststellungen angeordnet worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob Anlaß zu disziplinarischem Vorgehen geboten ist.

Die Konservativen waren aber mit den offiziellen Agitationen bisher nur deshalb einverstanden, weil diese Agitationen immer ganz und gar auf konservative Anschauungen und Forderungen eingestellt waren. Eine öffentliche Stellungnahme gegen die Konservativen können sie natürlich nicht erlauben. Und die Beamten, die gegen einige preußische Herrenhäuser ein paar respektvolle Bemerkungen wagten, sollen sogar womöglich davongelagt werden. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß die Regierung ihre Beamten vor dem Besuch jener Versammlung sogar „gewarnt“ hat. Das ist echter Bülow! Vor ein paar armen Teufeln von Beamten ist er ein starker Mann, vor den Konservativen aber ist er ein furchtbares Kaninchen.

Der Sturm gegen den konservativen Wertzuwachssteuer-Antrag schwillt inzwischen an. Aus den verschiedensten Beweggründen wendet sich die Presse der Parteien und die der Offiziellen gegen den Antrag Bessarp, der die Lage der Reichsfinanzreform ganz ungeheuerlich verdirrt. Groß ist der Hammer der „Täglichen Rundschau“:

„Die Regierung wird und muß nach den Erklärungen des Fürsten Bülow an der Erbschaftsteuer unter allen Umständen festhalten, für die eine Mehrheit gesichert erscheint, zu der auch etwa ein Drittel der Konservativen gehören dürfte. Wenn sich die übrigen Konservativen in dieser Frage für die Wochpartei lösen, so fällt ihnen das Obium der von den Wochparteiern losgerissenen und der Gefährdung der Finanz-Zertrümmerung des Reiches und der Gefährdung der Finanzreform zur Last; denn aus ihrer Haltung werden auch alle die unsicheren Skantionen auf der Arden die Berechtigung entnehmen, nun ihrerseits bei den Konsumsteuern Sonderpolitik zu treiben und sich abseits zu stellen. Die Folge kann nur sein, ein vorläufiges Scheitern der Reichsfinanzreform und damit die Auflösung des Reichstages, die Fürst Bülow nun schon wiederholt angekündigt hat, oder die Uebernahme der Reform durch eine neue Parteikonstellation unter Führung des Zentrums, das sich als Retter aus der Not in seine alte, nunmehr befehlte Herrschaft zurückholen läßt.“

Beide Möglichkeiten müßten die Konservativen vor der Weiterverfolgung ihres Weges abschrecken. Kommt es zur Auflösung des Reichstages, so wird die konservative Partei bei den Wahl erfahren müssen, wieviel Sympathien sie durch die kurzfristige Politik der Herren v. Seydewitz und der Lasa, Normann und Dietrich Bahn im Lande verloren hat. Sie würde eine neukonservative Bewegung im Lande erleben eine Spaltung in ihren eigenen Reihen, und das Wiederaufleben einer antikonservativen Bauernbewegung. Schon sagte im Osten der Kleinbesitz dem Großgrundbesitz die Heeresfolge auf, schon hat der Mittelstand erklärt, daß er sich nicht mehr von den Großagrariern mißbrauchen lassen werde, und schon haben gerade die konservativen Vereine vieler Städte, auf die die Partei hoch auch Wert legen sollte, ihrer Unzufriedenheit mit der Stellungnahme der Partei offen Ausdruck gegeben. Eine Reichstagsauflösung würde auch den Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, die wertvollste Errungenschaft der Wahlen von 1907, aufs ärgste gefährden, ja vielfach unmöglich machen. Der lauchende Dritte wäre die Sozialdemokratie. Kann die konservative Partei solche Verantwortung auf sich nehmen?

Wenn der Selbstad in Gefahr ist — ja! Darauf kann sich Herr Ruppeler aus der „Täglichen Rundschau“ gefaßt machen. Im Interesse aller Hohentauerer und Börsejobber ist auch Herr Alfred Dehke erheblich entzückt:

„Mit dem Auslande freut sich hämisch die breite Masse des im politischen Intrigenpiel so wohlgeschulten Zentrums, mit dem Auslande freut sich natürlich auch die internationale Sozialdemokratie, die in jeder Schädigung des Vaterlandes ein Hoffnungssymbol des vermeintlich herannahenden großen Abberatungszwecks erblickt.“

Wenn wir nun fragen, wer den Feinden einer kräftigen, haterländischen Politik die Möglichkeit zu solcher Schadenfreude bietet, wer sich der endlichen Vollerfüllung der Reichsfinanzreform von den verantwortlichen Parteien am stärksten entgegenstellt, so kann man leider niemanden anderes bezeichnen, als die Agrarkonservativen. Diese Agrarkonservativen weisen in der Vertretung ihrer Interessenpolitik eine Fähigkeit auf, vor der man Achtung haben müßte, wenn sie einem besseren Zweede gälte. Die Konservativen sind politisch viel besser geschult, als wir Liberalen. Sie sind in der Kunst des Schwätzens und Zurückhaltens, des Verhandelns und des Zugreitens, viel geschickter als wir; sie haben auch nicht eine so schwierige Wählerwahl hinter sich, sie sind in ihren Entschlüssen feiler, feiler, selbstbewußter, und darum so vielfach erfolgreicher. Ihre Position gegenüber ist wahrlich eine herzlich schlechte, aber sie geben den Kampf um ihre schlechte Sache noch länger nicht auf. Da sind sie nun auf dem Plane erschienen mit einer „Reichswertzuwachssteuer“, lediglich, um das Gefecht auf ein anderes Gelände hinüberzuspielen. Es gehört die ganze unentwerfliche Dreistigkeit dazu, um mit diesem leichtfertigen Machwerk ernsthaft vor die Öffentlichkeit zu treten. Aber die Junfer leisten sich so etwas mit der größten Seelenruhe, wie etwas Selbstverständliches, wenn sie nur ihren Zweck erreichen, durch Vertreibung Zeit finden, um vielleicht so etwas wie eine irreführende Wahlsparole herauszuschlagen.“

Die „Schlesische Zeitung“ führt nur einen Opfergang um den konservativen Antrag auf, um dann den Freunden doch zu raten, lieber der „Erbschaftsteuer“ die Zustimmung zu geben. Die „National-Ztg.“ schreibt in ihrer Sonntagsnummer:

„Die Reichs-Wertzuwachssteuer, die von den Konservativen vorgeschlagen wird, macht sich auf dem Papier sehr schön, ist aber vorderhand nur eine Mühsandchenrechnung, ohne praktischen Wert. So bleibt nur die Ausdehnung der Nachlaß- oder Erbschaftsteuer, gegen die sich die Konservativen mit aller Entschiedenheit wenden, als die einzige einträgliche Steuerquelle, übrig.“

Die Regierung wird nicht lange zögern dürfen, ihrerseits zu den Erklärungen der konservativen Stellung zu nehmen. Am besten würde sie die Forderung durch ein anderes Ultimatum an die Führer der konservativen Partei überstürzen. Die Möglichkeit und die Mittel stehen ihr zu Gebote. Es kommt nur auf den Willen an, die Souveränität des Reiches als solcher zu stabilisieren.“

Die Regierung wendet sich wenigstens halbamtlich gegen das patriotische Verdunkelungsmanöver der Junfer. Die offiziöse „Völkische Zeitung“ bezeichnet den konservativen Antrag als einen Schlag gegen den Kanzler und seine Schöpfung, den Bloch, und gleichzeitig als die Wiederaufrichtung der Zentrumsherrschaft, deren Wiederkehr die konservative Presse in der letzten Zeit mit immer geringer werdendem Widerstreben entgegengekehrt hat. Selbst Geheimrat Adolf Wagner, sonst ein begeisterter Anhänger der Reichswertzuwachssteuer, erklärte einem Vertreter der „Völkischen Zeitung“, eine solche Steuer stehe sich schon ihrer technischen Schwierigkeiten halber nicht von heute auf morgen einführen. Es wären Jahre nötig, um sie zutreffend zu veranlagen. Man kann, sagt die „Völkische Zeitung“, den konservativen Antrag ansehen, von welcher Seite man will, man erkennt in ihm nichts anderes als ein Verneinungswort.

Hilfe finden die Konservativen beim Zentrum. Die „Germania“ freut sich über die Energie der Konservativen und findet, daß die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere viel besser und auch mehr populär ist, als eine Nachlaß- oder Erbschaftsteuer. Die Konservativen können getrost einer Reichstagsauflösung entgegensehen; denn sie können sich aus eigener Kraft halten, was man von den Liberalen nicht behaupten kann. Schließlich meint das Blatt, daß Bülow zwar die Pflicht habe, zu antworten, ob er es aber tut, sei eine andere Frage. Vielleicht lasse er sich wie einmal eine „Deputation“ in das Reichskanzlerpalais dirigieren, um die Antwort des Kanzlers entgegenzunehmen. In den Kreisen der sächsischen Regierung verhält man sich zu den konservativen Steuervorschlägen völlig gleichgültig.

ablehnend. Die amtliche „Leipziger Zeitung“ erwidert in dem Vorhinein eine Erschwerung der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform.

Der Vater des konservativen Widerstandes soll, wie im Reichstag erzählt wurde, der Abgeordnete von Heydenbrand und der Rada sein. Dieser schlesische Grande aus unserer nächsten Umgebung also ist es, mit dem Fürst Bülow sich herumalgen muß. Eine schwere Stellung für die schlesische Dantel

Der verlassene Sultan.

Ein warnendes Meisekel für alle Despoten und Tyrannen bietet das Schicksal, das dem 34 Jahre alten angeblichen Abdül Hamid in der Stunde der Gefahr von seinen getreuen Dienern und Patrioten bereitet wurde. Als die jungtürkische Armee vor den Mauern des Palastes erschien, rissen sie aus wie Schafleder und ließen den gefürchteten Herrscher einsam auf seinem Throne sitzen — zum Gedächtnis seiner Feinde und ganz Europas. In dem Augenblick, als die Mächte aufhörten, war es auch mit der „Krone zum Herrschers throne“ vorüber. Der „König. Sic.“ wird von ihrem Vertreter aus Konstantinopel gemeldet: Als die Umgebung des Sultans merkte, daß die Lage ernst würde, und die Befehle des Palastes sich auflöste, floh der gesamte Hofstaat panikartig, so daß der Sultan bald von Adjutanten, Sekretären und Dienerschaft verlassen war. Der Sultan blieb ganz allein nur mit einigen wenigen Dienern im Südbalpalais zurück, das bis jetzt wie eine Festung bewacht und ganz unzugänglich war. Er sei nun so preisgegeben, daß Privatpersönlichkeiten bis in die inneren Gemächer vordringen könnten. Mit seinem Nimbus war es vorbei.

Die Räumung des Südbalpalais gestaltete sich unbeschreiblich. Nachdem der größte Teil der Garnison die Waffen gestreckt hatte, suchten die übrigen Soldaten im Schutze der Nacht das asiatische Ufer zu gewinnen, was das Signal zur Flucht auch für die anderen Mitglieder der Hofhaltung war, schwarze und weiße Eunuchen, Köche, Kammerdiener, Lakaien, Adjutanten, Sekretäre und Kammerherren rückten aus; der sonst von Tausenden belebte Sternhof bot den Anblick eines Friedhofes. Nur drei Personen, darunter der erste Sekretär, hielten treu beim Sultan aus. Ungehindert durfte man in den innersten Teil der sonst unabhürten Kartonsanlagen vordringen. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Konstantinopel gemeldet, der Sultan habe zu seiner Dienerschaft gesagt: „Meine Kinder, ich bin ein unglücklicher Mann, gebt und verlaßt das sinkende Schiff!“ Er sitzt im Palais, angetan mit dem grünen Mantel des Propheten, der ihn gegen Mörder schützen soll. Er drückt wiederholt den Wunsch aus, als Privatmann sich auf die Insel Cypern zurückziehen, was aber als inopportun abgelehnt wurde.

Er soll weiter „herrschen“.

Die Jungtürken halten es merkwürdigerweise für praktisch, den alten Herrn vorläufig auf seinem einsamen Throne sitzen zu lassen und ihn zu regieren, wo er bisher regierte. Die Thronfolge soll bis auf nebenstehende Einzelheiten geregelt sein. Der Sultan bleibt nomineller Herrscher, gegen dessen absolutistische Rückschlüsse folgende Garantien geschaffen werden: Die Mauern des Südbalpalais werden geschleift; der von Abdül Hamid zu einer starken Festung ausgebaute Südbalpalais wird künftig nur noch eine Palastwache in Stärke einer Kompanie haben, die tagtäglich abgelöst und der Reihe nach von allen hier garnisonierenden Regimentern gestellt wird; der Sultan hat aus eigenen Mitteln den Amarsch der Salonikier zu decken und wird sich durch ein Geschenk an die Nation von 50 Millionen Pfund

des größten Teiles seines Privatvermögens entledigen, das als Basis für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches dienen soll. Das Kabinett überreichte dem Sultan heute auch dem Parlament insgesamt die Demission. Die Nationalversammlung ist unter militärischer Bedeckung aus San Stefano zurückgekehrt und wird eine streng geheime Sitzung abhalten, in der sie, wie man sagt, die Entscheidung über den Sultan treffen wird. Nach Angabe des Ministers des Inneren hat „auf Wunsch des Sultans“ ein mazedonisches Bataillon den Südbalpalais besetzt.

Die Untersuchung des reaktionären Anschlages.

Der „Adla. Zeitung“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Eine Anzahl höherer Beamter, darunter der Staatssekretär der Finanzen, wurde der Mitschuld an der Meuterei vom 13. April verdächtig verhaftet. Man drückt sich nicht, die Untersuchung zu überlassen, sondern eingehend und klar in aller Form festzustellen, wie die Meuterei entstanden und wer der Hauptschuldige ist.

Es sind mehrere Kriegesgerichte mit der Untersuchung beauftragt. Die Feststellungen sollen zahlreich sein. Unter den Verdächtigten befinden sich auch viele Hofschale, doch ist die Zahl von mehreren Hundert übertrieben, auch einige Jüdischen werden standrechtlich abgeurteilt. Einer strengen Bestrafung steht insbesondere das 4. Bataillon der Salonikier Jäger entgegen, dessen Mannschaften insoweit gebunden unter scharfer Bewachung abgeführt werden. Auch die Situation des Sultans ist nach wie vor unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. General Zeynep Pascha erklärt allen diesbezüglichen Fragen gegenüber, die Aufgabe der Armee sei erfüllt, wenn Ordnung und Ruhe wieder hergestellt und die Schuldigen bestraft seien. Sache des Parlamentes werde es sein, zu beurteilen, ob auch den Sultan an den letzten Vorfällen Schuld treffe; solange dies nicht erwiesen ist, sind alle hierauf bezüglichen Gerüchte haltlos.

Das Kriegsministerium begann die Untersuchung gegen die angeklagten Missethäter, unter ihnen den Hauptverdächtigten Abdurrahman Bey, der Buchhaltungschef im Finanzministerium ist. Die Zahl der während des bisherigen Auftrages gestellten, aus der Kriegsschule hervorgegangenen Offiziere beträgt nach sicheren Bestimmungen 274. Heute wurden 100 Soldaten erschossen. Edhem Pascha erklärte im Ministerrat, daß 100 Offiziere fehlten; sie dürften jedoch nicht alle umgebracht sein.

Mit der Abschiebung der entwaffneten Garnison begann man schon heute, 1000 Mann werden nach den Kasernen von Sudein Koi geschickt.

Die Lage in der Stadt.

Um die Einbringung von Frühlingsgütern zu erleichtern und Unruhen zu verhindern, soll der Belagerungsstand längere Zeit andauern. Er wird ohne Belästigung der Europäer gehandhabt. Schenket Pascha veröffentlicht heute die Bekanntmachung an die Bevölkerung, daß alle Maßregeln zur Sicherung der Ordnung und der Ruhe getroffen sind und Grund zur Unruhe nicht mehr vorhanden ist. Die Geschäftswelt, sowie die ganze Bevölkerung werden angefordert, ihrem Gewerbe und ihrer Beschäftigung unbesorgt nachzugehen. An alle Beamten ergeht die Aufforderung, ihren Dienst gewissenhaft zu verrichten. Gegen Beamte, die ihre Pflicht vernachlässigen, soll gerichtlich eingeschritten werden.

Montag Vormittag 10 Uhr ist in der Larimkaserne, welche Winterstand leistet, eine Feuerprobe ausgetragen. Die Truppenbewegungen in der Stadt und Umgebung dauern fort. Die Stadt hat beinahe wieder ihr gewöhnliches Aussehen. Die Geschäfte sind wieder eröffnet und alle Verkehrswegen wieder hergestellt. Die zur Pforte führende Straße war vom Publikum überfüllt. Am Dienstag ist ein Militärzug aus Deceagatsch eingetroffen, zwei weitere folgen heute; es sind nur wenige türkische Blätter erschienen.

Der österreichisch-ungarische Militärattache, begleitet vom deutschen Militärattache, beklagt die Wünsche Mahmud Schewket Pascha, Hussein Nusri und die übrigen leitenden Generale zu der anhängenden Durchführung der militärischen Operationen, der raschen Wiederherstellung der Ordnung und der ausgezeichneten Manneszucht.

Das Parlament.

Der Präsident des Senats, der Kammer sowie die Mehrzahl der Abgeordneten und Senatoren sind per Bahn von San Stefano in Konstantinopel eingetroffen. Vom Militär begleitet, begaben sie sich in das Parlament, wo eine geheime Sitzung abgehalten wurde. Im Parlament teilte der jungtürkische Deputierte Ali Bey mit, daß die Nationalversammlung vom Scheik al-Islam einen Bericht und Antrag fordert. Der Sultan sei, da er die Religionsgesetze verletzt habe, des Kalifates unwürdig.

Die Nationalversammlung möge Abdül Hamid als Sultan und Kalifen absetzen und Reshad unter dem Namen Mahomed V. als Nachfolger proklamieren. Wenn die Nationalversammlung diesen Antrag angenommen hat und Reshad proklamiert ist, wird sich eine Abordnung der Versammlung mit dem Scheik al-Islam zu Abdül Hamid begeben, ihm die Befehle mitteilen und ihm einen ihm zu gewiesenen Palast anbieten, wo er ruhig seine Tage beschließen kann; falls Abdül Hamid sich weigert, wird er, da er nunmehr weder Sultan noch Kalif ist, verhaftet und wegen seiner Vergehen vor Gericht gestellt.

Unruhen im Lande.

Bei der Pforte sind Meldungen eingelaufen, denen zufolge in Erzerum eine reaktionäre Militärerhebung unter ganz analogen Verhältnissen wie in Konstantinopel ausgebrochen ist. Die Mannschaften knebelten die Offiziere und verlangten die Wiederherstellung des Scheriatrechtes. Die Regierung wendet alle Mühe an, den Ausbruch von Wirren zu verhindern.

Einer Deputer Konulardeputation zufolge wird aus Katalieh telegraphiert, daß der armenische Ort Kessab in Flammen stehe. Die Einwohner seien teils massakriert. Für die Umgebung von Katalieh bestehe große Gefahr. Französische und englische Kriegsschiffe seien in Beirut eingetroffen.

Politische Uebersicht.

Ein preussischer Wahlrechtsbeschluss „ohne Bedeutung“. Im preussischen Abgeordnetenhaus brach am Sonnabend ganz unerwartet, sozusagen aus blauem Himmel, eine Wahlrechts-Debatte aus, die zu dem ersten positiven Beschluss des Hauses in der Wahlrechtsfrage geführt hat. Eine Petition des Handwerkervereins in Groß-Ostereben, Kreis Wanzleben, in der die Einführung des geheimen Wahlverfahrens in Preussens bei Landtags- und Kommunalwahlen gefordert wird, wurde von einer aus Zentrum, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammengesetzten Mehrheit der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Wahlrechtsdebatte vom 24. Januar war, wie erinnerlich, ausgegangen wie das Hornberger Schießfesten. Es wurde der Reihe nach abgestimmt über das gleiche Wahlrecht, das Pluralwahlrecht, die Neueinteilung der Wahlkreise und das geheime Wahlverfahren. Alles wurde abgelehnt. Daraus konnte man vielleicht schließen, daß das hohe Haus überhaupt kein Bedürfnis nach einem Wechsel empfindet, aber auch das wäre falsch, denn die Anhänger des gleichen Wahlrechts und die des Pluralwahlrechts haben zusammen die Mehrheit, woraus man schließen kann, daß sogar das Dreiklassenparlament selbst sich mit seinem famosen Wahlrecht nicht mehr gern vor den Leuten sehen läßt. Unter solchen Umständen war der lächerliche Ausgang der Abstimmungen geeignet, den wohlverdienten Ruf, den die berühmte Versammlung in der Prinz-Albrechtstraße schon längst im Volke geniest, aufs neue zu festigen, umso mehr, als die Ablehnung des geheimen Wahlverfahrens auf nichts anderes zurückzuführen war, als auf die Hummelei seiner angebliehen Anhänger. Das geheime Wahlrecht wurde damals mit einer Mehrheit von drei Stimmen abgelehnt, obwohl es bei vollständigem Hause mit 231 gegen 212 Stimmen hätte angenommen werden müssen. Jetzt hat das Haus jenen ablehnenden Beschluss korrigiert, indem es die Groß-Osterebener Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen hat.

Als der konservative Herr v. Pappenheim das Unheil kommen sah, beeilte er sich, zu erklären, der Beschluss, den man zu fassen gedachte, sei ein Zufallsbeschluss, ohne Bedeutung. Nun ist jenes ganze hohe Haus in seiner erdrückenden und erstickenden Mehrheit nicht viel anderes, als eine Häufung von mehr oder minder unglücklichen Zufällen, eine vom Schicksalwind zusammengeblasene Versammlung ohne tiefere Bedeutung. Dementsprechend sind auch seine Beschlüsse als Zufallsbeschlüsse ohne Bedeutung

Die Schafotte.

Erzählung aus der englischen Revolutionszeit.
Von E. Meisenhäufiger.

I.

Der trübe Herbsttag, die düsteren über den verschleierte Himmel jagenden Wollen und der kalte, scharfe Nordwind kimmten vollkommen zu der traurigen Szenerie, welche die Priester durch ihre feierlichen Gebete eben begannen. Der weite Hof mit seinen nach herumläufigen Bogengängen vermachte die Zahl der Leuchtorgeln kaum zu fassen. In der Mitte der ganzen Schafotte war verammelt; heimlich erhoben sich die primitiven Kreuzgänge in Säulen und Erbe; die lebenden Scher und Gewänder der Damen, die kurzen Mäntel, Federhüte oder Bonette der Herren, woben über der Hauptleuchte nichts bemerkte, so tief war er und so anschließend mit dem Gang der fortwährenden Feier beschäftigt.

Es war ein Mann von harten, gebogenen Achtern, in dem Alter von kaum dreißig Jahren; seine dunkeln Augen, von einem durchdringenden Feuer, schienen trübe und schwerer auf dem Gesicht, der den Gegenstand eines heißen und gärtigen Gefühls verleiht; die kleinen, jähargeseichneten Wangen verrieten das lange Nachwachen, die geistige Qual, die hohe Witterung über den erlösten Verlust, und wie von einer Schwärze gekochter Luft er auf, als der Pfarrer das erste Anzeichen in pace sprach, die Schloß- und Dorfkirche ihr röchelndes Gebete begann und der Zug in Bewegung sich setzte.

Der Mund lächelte gleich einer schwarzen Dämonen mit den lebenden Flammen der Hölle; einzelne Regentropfen fielen auf den fernen Gasse der dumpf Donner eines heranziehenden Gewitters. Bald war der nahe Kirchhof erreicht; die Träger hielten, die Steden verarmten — ein Gebet — der Segen des Priesters — und der schwarze Mann der großen Mutter verschlang unter dem dumpfen Rollen der hinabgeworfenen Erdhülle das ihm zugeordnete Opfer.

Der Lehrtende richtete seine gebogene Gestalt auf und schob das Haupt, um welches die vom Sturme hergestrichenen Locken mit melenischen Wildheit flatterten. Sein Auge war trüben und jagte eben Mann von noch kräftigeren, gebieterischen Blicks und noch hölzernen, geistvolleren Jünger auf, als die letzten. Dennoch war er von ihm geschrien, ging er auf ihn zu, nahm ihn am Arm und sagte, ihm beständig während: „Die der Beworheit, wollt Ihr die Güte haben, meine Stelle bei der Leuchte des mureken Lichtstabschen Leuchtorgels zu besetzen?“

Von Herzer gern, John: Ihr dürft nur befehlen; Thomas Beworheit kennt keine höhere Lust, als Euch die geringste Last von den Ewigen geduldeten Schultern abzunehmen“ — er wiederholte der Ewigen mit einem Klang der Stimme, dessen Reinheit und warmer Melodie vollkommen zu dem Adel seiner äußeren Erscheinung paßte.

„Ich danke Euch, ich danke Euch, Thomas“ — rief der andere, Beworheit heftig die Hand drückend. „Euer Anblick hat mich in diesen trüben Stunden des herzerzitterndsten Wehens wunderbar erquickt. Mich leidet es nicht mehr in diesen Mauern und Säulen, in denen ich das Licht der Welt empfang, und die den Raub der mir teuersten Güter mit angehen. Mutter und Göttern in so kurzer Zeit nach einander! Warum der Himmel einer harmlos für sich Lebenden, allem eiden Weltleben ferngeordneten Menschen so schwer heimzusucht, alle Stüben seiner lächeligen Glückseligkeit wie Kartenhäuser in einem Windstöße zusammenbrach, das muß seine Weisheit am besten wissen! Wahrheit ist — ich bin sehr unglücklich, bin betelam! — Ein dunkler Traum treibt mich nach London, das ich mit meinem Hoftag nicht mehr verlassen will. Mein Geist ist trüb, die Seele bitter, das Herz ausgezehret, kalt und leer; — dort ist Gelegenheit zu Kampf und Wagnis, dort die Arena, um gegen die Lohes ewiger Schmerzen augenblickliche Betäubung zu finden. Möge das veränderte Leben niemand zum Unheil auslösen, mich mir, nicht meinen Fremden, nicht auch andern! Lebt wohl, lieber Bruder! Kopf und Diener warten am Ende des Dorfes auf mich. Im Hause der Gemeinen, auf den Bänken der Opposition treffen wir uns wieder, denn dort gedulde ich meinen sechs Jahre ausgegebenen Platz ernstlich wieder einzunehmen.“

Mit diesen Worten schieden die beiden Freunde voneinander.

Das Gewitter, welches während der Begräbnisfeier in dumpfen Donnerrollen am Rande des Horizonts sich angelündigt, brach allmählich mit unerbittlicher Heftigkeit los. Wenig beachtete der Ritter den Aufbruch der Gewitter, die Einstürze des in Strömen niederfallenden Regens, und erst als völlige Nacht Straße und Gegend verhielte, dachte es ihm geraten, das schmerzliche Nach einer Herberge zu suchen. Viele fand sich in einer einsamstigen Schenke, deren Inhaber, ein hämmiger, schlauer, blinder Lügner, den Ritter mit den größten Höflichkeitshandlungen empfing und nichts verstand, seinen Wünschen das schnellste Gemüthe zu leisten.

Bald fand sich der Ritter, seines trübenden Mantels und Hutes entledigt, im bequemen Lehnsessel vor einem hellstrahlenden Kaminfeuer sitzen; das kurze Schwert hing an seiner Seite, neben ihm auf dem kleinen Tischchen stand der blankgeputzte Pokal mit einem unerschöpflichen Ede und lagen ein Paar schwarze Pipolen; alleu wenig geäußerte es dem Trübemüthen nach

leiblicher Erquickung; er starrte, für alle Außenwelt verloren, kalt und gleichgültig auf das stille Epstel des geschwägigen Feuers.

Allmählich hatte der Ritter seinen Ehrenstich am Schenktisch wieder eingenommen und wurde von dem zweiten Gast der Schenke, einem dünnen, süßlichen, jenseitigen, quackelbigen Mannchen, dem das Hausier- und Kramergeläch auf der Stirne gescheitert stand, zu einem Trunt dampfenden Petronenpunches eingeladen.

„Ich verleihe Euch, mein Mann“ — verleihte mit der Stimme eines Mannes der Wirt, der sich bewußt ist, trotz seines abhängigen Geschäfts, der König in seinen vier Pfählen zu sein — „ich verleihe Euch, mein Mann, und Ihr sollt das bestellte Getränk so warm und herzfördernd haben, als es je aus den Händen des Inhabers zum lokalen Berge Karmel hervorgegangen ist. Wollt Ihr aber nicht dabei die Güte haben und in Eurer angefangenen Beschreibung über das Tun und Treiben in unserer großen Hauptstadt fortfahren?“

„Mit Vergnügen, wenn es“ — der schlauere Krämer wandte sich höflich gegen den Ritter um — „wenn es anders den ehrenwerten Herrn in seinen tiefen Gedanken nicht stört?“

„Ich bitte Euch“ — gab der Ritter mit gewinnender Krigkeit zur Antwort, die durch den Gegensatz seiner herben Schwermut noch mehr an Reiz gewann — „beachtet meine Gegenwart nicht mehr, als die eines dieser stummen und leblosen Gerätschaften im Zimmer. Ich gehöre nicht zu denen, die aus ihren Launen oder ihren Sinnungen sich ein Recht anmaßen, die natürlichen Ansprüche anderer auf Freiheit und Gleichheit an ihrem Orte zu beeinträchtigen.“

Ehrenwerte Gefinnungen — höchst ehrenwerte, unbergleichliche Gefinnungen in diesen schweren Zeitläuften der Willkür und Rechtsverletzung!“ murmelten Wirt und Krämer, und der letztere, vertrauensvoll seinem Takte in Behandlung von Menschen, wandte sich abermals gegen das Feuer herum und sprach: „dass ich mir die Gunst erbitte, den Namen eines Gentleman zu erfahren, der eine so löbliche und seltene Achtung gegen arme Männer aus dem Volke an den Tag legt? Es kann Euch nicht unbekannt sein, Euer Ehren, daß die Bürger dieser schönen Insel sich in der Lage befinden, ihre persönlichen Freiheiten und Gewahrsame gegen Uebergriffe der Kirchen- und Absolutismus ernählich und mit allen Mitteln verteidigen zu müssen. Mein Geschäft als Handelsmann führt mich in viele Großstädten, in allerlei Orte, wo die Männer des Volkes Ihre gesetzlichen Vertreter in das Haus der Gemeinen ernählich; es würde mir wie eine so löbliche Schuld der Dankbarkeit erscheinen, den Namen eines so rechtlich gestimmten Gentleman an allen Orten und unter allen meinen Bekannten, deren ich viele zähle, zu verbreiten.“

des preußischen Parlaments immer noch wenigstens die Bedeutung, daß der Regierung durch ihn eine schlechte Ausrede verloren gegangen ist. Will die königlich-preussische Staatsregierung entsprechend der berücksichtigten Willkür-Erklärung vom 10. Januar 1908 auf dem schändlichsten öffentlichen Wahlverfahren bestehen, so kann sie sich für eine solche Unanständigkeit nicht einmal mehr auf das preussische Abgeordnetenhaus als Komplizen berufen.

In diesem Sinne ist der bedeutungslose Zufalls-Beschluß vom 26. April immerhin ganz erfreulich. Er ist aber noch erfreulicher insofern, als er zeigt, daß der preussische Landtag die Frage einer großen Schicksalsfrage nun doch nicht mehr los wird. Wenn man am wenigsten an sie denkt, ganz unermutet, ist die Wahlrechtsfrage wieder da, sie erhebt sich immer und immer wieder als unbequeme Mahnerin. So ist es immer, wenn sich alte, erstarnte Formen wieder zu lösen beginnen und in Fluß geraten, Unsicherheit, Verwirrung, Ratlosigkeit, Neberräschung, und schließlich schmedet der das Schicksal nach seinem Willen, der im richtigen Moment entschlossen zum Hammer greift.

Eine Zweimilliarden Schröpfung. Die Konventionen werden in ihren Steuerorschlägen immer erfindlicher, nur damit sie sich um die Nachlasssteuer drücken können. So macht in der „Kreuzzeitung“ eine „hochgeschätzte“ Seite den Vorschlag, die 4 1/2 Milliarden Reichsschulden dadurch zu vermindern, daß man eine einmalige Steuerumlage von 2,000,000,000, in Worten zwei Milliarden, macht. Der schlaue Vorschlag lautet:

Eine Verständigung darüber, wieviel von dem 500 Millionenbedarf des Reiches durch den Besitz und wieviel durch den Verbrauch zu decken ist, wird sich treffen lassen. Ist hierüber Verständigung erzielt, so verzichte man darauf, den Anteil des Besitzes durch eine dauernde Besitzbesteuerung zu beschaffen, sondern lasse sich dazu auf, durch eine einmalige Operation

am Besitz so viel Reichsschulden zu tilgen, daß der Reichsschuldenbestand in der erforderlichen Höhe besetzt wird. Wenn zu diesem Zweck der „Besitz“, und zwar der Privat- und Staatsbesitz, einmalig zwei Milliarden hergibt, so ist dies viel, aber erträglich, um aus den jetzigen Zuständen herauszukommen. Die Abgabe braucht auch nicht mit einem Male erhoben zu werden, sondern kann von den Einzelstaaten dem Besitzer auf zehn Jahre gegen 4 v. S. Verzinsung gestundet werden.

Man wird von Konfiskation sprechen, jedoch mit Unrecht, denn die Reichsschulden lasten auf allem Besitz im Reich. Dieser Vorschlag zeigt am besten, nicht nur wie elend es um die deutschen Reichsfinanzen steht, sondern auch, bis zu welchem Wahnsinn die reaktionäre Steuerjucherei gediehen ist. Frankreich hat nach einem verlorenen Kriege 5 Milliarden Francs gleich 4 Milliarden Mark aufbringen müssen. Deutschland soll mitten im Frieden einen Ueberlaß von zwei Milliarden über sich ergehen lassen, bei dem natürlich der bekannte nicht deklarierbare Vermögensmamon der agrarischen Steueremogler nicht in Mitleidenschaft gezogen werden würde! Und all dieser blühende Widerstand nur wegen der unerbittlichen Scheu vor der Nachlasssteuer!

Militärgerichtsbarkeit am Kontrollversammlungsstag. Ende Januar wurde über eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht Würzburg berichtet, in der es sich um die Auslegung handelte, daß Reservisten und Landwehrlente am Kontrollversammlungsstage den ganzen Tag unter der Militärgerichtsbarkeit stehen, auch für solche Handlungen, die mit dem militärischen Dienst nicht das geringste zu tun haben. Etwa zwanzig Kontrollpflichtige von Stocstadt bei Achaffenburg hatten nach der Kontrollversammlung eine Bierreise unternommen, auf der sie zuletzt spät Nachts in einer Wirtschaft in Stocstadt anlangten. Hier entwickelte sich zu guter Letzt die Keilerlei, die nach Landesgebrauch zum Abschluß einer solchen Gelegenheit gehört. Dabei erhielt der Reservistenoffizier Oberle, der dem Reservisten Johann Depp einen Stuhl auf den Kopf schlug, von dem Bruder des Depp, Pius, ebenfalls Reservist, einige Schläge ins Gesicht. Die beiden Depp und der Unteroffizier sind gute Freunde und Duzbrüder. Als der Rausch verschlafen war, war alles wieder gut und keiner trug dem anderen etwas nach; aber da die Geschichte gerade sich am Kontrollversammlungsstage ereignet hatte, war die heilige Disziplin verletzt, die ganze Gesellschaft kam vor das Kriegsgericht. Es erklärte sich für unzuständig, da die Sache vor das Zivilgericht gehöre. Für die militärgerichtliche Aburteilung kämen nur Vergehen in Betracht, die mit dem Dienst selbst in Zusammenhang stünden.

Diese vernünftige Entscheidung hatte jedoch dem Gerichtsherrn nicht, das Kriegsgericht mußte nochmals in der Sache verhandeln und kam nun zu dem Urteil, daß der Reservist Depp sich eines „militärischen Widerstandes und tätlichen Vergreifens“, der Unteroffizier der Mißhandlung eines Untergebenen sich schuldig gemacht habe. Der Reservist erhielt sechs Monate acht Tage Gefängnis, der Unteroffizier drei Wochen Mittelarrest.

Vermehrung der Lehrerinnen in Preußen. Zum Kultusrat haben die Kommissionen einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, für die Ausbildung und Heranziehung von weiblichen Lehrkräften für den Elementarunterricht in weit höherem Maße als bisher Sorge zu tragen und insbesondere eine wesentliche Vermehrung der staatlichen Lehrerinnen-Seminare herbeizuführen.

Das preussische Herrenhaus wird heute, Dienstag, zusammentreten, um zu der Beschlusvorlage und dem damit zusammenhängenden Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die Gesetzentwürfe über die Befolgung der evangelischen und katholischen Geisteslichen, sowie die Abänderung des Einkommensteuer- und Erbschaftsteuergesetzes hat die Kommission in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Dagegen hat sie an der Beschlusvorlage für die Dea ten und an dem Lehrerbefolgungsgesetz erhebliche Änderungen vorgenommen. Sollte das Plenum dem Antrag der Kommission beitreten, so muß diese Vorlage noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurück; die endgültige Erledigung dürfte sich dadurch um einige Wochen verzögern.

Zivilprozessordnung. Der Reichstag verhandelte am Montag in zweiter Lesung über die Novelle zur Zivilprozessordnung, die vor der allgemeinen Reform als ein Mittelbehelf bestehende Vorzüge beibehalten

und an einer beratigen Gesetzmacherei mit Hilfe- und Stärkung nicht beteiligen können, sondern auf der durchgreifenden Reform der gesamten Zivilprozessordnung bestehen müssen. Die Kommissionsbeschlüsse, die gegenüber der Regierungsvorlage wenigstens eine geringe Verbesserung darstellten, wurden im großen und ganzen angenommen. Ein Antrag unserer Partei, Arbeiterkreisläufe und Gewerkschaftsbeamte als Bevollmächtigte vor den Amtsgerichten anzuerkennen, wurde trotz warmer Befürwortung durch die Genossen Robert Schmidt und Dr. Frank gegen unsere Stimmen und die der Arbeiterabgeordneten aus dem Zentrum abgelehnt.

Wilhelm II. will Mitte Mai nach Wien zu Franz Josef reisen. Die Generalfestung. Der „Nat.-Ztg.“ zufolge ist die Bearbeitung des Gesetzentwurfs über die Feuerbestattung von den beteiligten Ministerien soweit gefördert worden, daß eine Fertigstellung und Unterbreitung des Entwurfs zur Beratung durch das Staatsministerium nicht wesentlich im Wege stehen würde, sobald eine Entscheidung durch einen verantwortlichen Leiter des Kultusministeriums getroffen worden ist. Da aber der Posten des Kultusministers unbesetzt ist, muß mit der endgültigen Fertigstellung des Gesetzentwurfs gewartet werden. Also warten wir!

Kundgebungen zur Finanzreform. Sonnabend und Sonntag protestierten die Arbeiter vom 9. April in 9 Part bezüchteten Versammlungen (4 in Groß-Stettin, je eine in Stralsund, Wolgast, Torgelow, Köslin und Stolp) gegen die Steuerpläne der Reichsregierung.

Im Wahlkreis Dortmund-Hörde fanden Sonntag, den 25. April, 13 und im Wahlkreise Hamm-Sooß 6 Protestversammlungen gegen die Reichsfinanzreform statt. In allen Versammlungen wurde eine Resolution gegen die neuen Steuern und gegen die Bundesratsverordnung für die Hüttenarbeiter angenommen.

Auch im Wahlkreise Bochum fanden 14 und im Bezirk Recklinghausen 4 Versammlungen statt, die sich mit der weiteren Verlastung des arbeitenden Volkes durch indirekte Steuern befaßten. Wie bekannt wird, sollen in der konservativen Fraktion zwölf bis 15 Mitglieder sich für den Ausbau der Erbschaftsteuer ausgesprochen haben. Trotz dieser kleinen Zahl der Anhänger der Erbschaftsteuer soll es einen harten Kampf gegeben haben, bevor der Beschluß zustande kam, der den Gedanken der Erbschaftsteuer unter allen Umständen verwarf.

Eine in Karlsruhe unter freiem Himmel abgehaltene, von mehr als 3000 Personen aus Mittelbaden besuchte Versammlung von Tabakproduzenten, die im ganzen mehr als zwei Fünftel des gesamten deutschen Tabaks produzieren, richtete die dringende Bitte an die badische Regierung, dem Bundesrat einer etwaigen Erhöhung der Inlandssteuer auf Tabak auf das entschiedenste entgegenzutreten.

Ausland.

Die Gotthardbahn. Am 20. April sind in Bern die Verhandlungen zum Abschluß gelangt, die zwischen dem Deutschen Reich und Italien einerseits und der Schweiz andererseits aus Anlaß der am 1. Mai erfolgenden Verstaatlichung der Gotthardbahn und zum Zweck der hierdurch notwendig gewordenen Revision der bisher gültigen Abmachungen zwischen den 3 Staaten geführt worden sind. Ueber den wesentlichen Inhalt der getroffenen Vereinbarungen teilt die „Nordd. Allg. Zeit.“ mit, daß sich die Schweiz bereit erklärte, die Beamten und Arbeiter deutscher und italienischer Staatsangehörigkeit, die jetzt in Diensten der Gotthardbahn stehen, in den Dienst der Bundesbahnen zu übernehmen, ohne ihnen die Erwerbung schweizerischer Staatsangehörigkeit aufzuerlegen. Endlich verpflichtet sich die Schweiz, im Falle der Elektrifizierung der Gotthardbahn, die Materiallieferung auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben und damit die ausländische Industrie zum Wettbewerben zuzulassen. Bei den übrigen Materiallieferungen für die Gotthardbahn soll die bisher bereits bei den Schweizerischen Bundesbahnen beobachtete Praxis befolgt werden, wonach im Submissionsverfahren Aufträge für Lieferungen auch an ausländische Unternehmer vergeben werden können. Der neue Vertrag enthält auch eine Schiedsabrede für den Fall, daß sich über die Auslegung oder Anwendung einzelner Bestimmungen des Vertrags Meinungsverschiedenheiten ergeben. Er soll am 1. Mai 1910 in Wirksamkeit treten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen rückwirkende Kraft vom 1. Mai v. J. an haben.

Die russischen Verbannung. Die Lage der Verbanneten wird immer trauriger. Nach verschiedenen Leidensgenossen kommen nun auch die Deportierten aus dem Gouvernement Jakutsk mit der Klage, daß sie in einem Hungerzustand hineingetrieben werden. Jede Erwerbsmöglichkeit wurde ihnen unterlag, aber zugleich sei die ihnen zuteil werdende staatliche Unterstützung von fünfzehn Rubel monatlich auf neun Rubel monatlich reduziert worden. Sie seien in heller Verzweiflung und wüßten nicht, wie sie in dieser ideo und menschenleeren Gegend, wo alles außerordentlich teuer sei, auch noch so armlich zu leben vermöchten.

Insgesamt soll es gegenwärtig laut den Angaben einer polnischen Zeitung 15.500 Deportierte geben, die sich also verteilen:

Nach Parteigehörigkeit:		Nach Beruf:	
Sozialdemokraten	3500	Arbeiter	6362
Sozialrevolutionäre	3000	Ackerbauer	3879
Polnische Sozialisten	466	Studenten	540
Anhänger des Jüdischen Arbeiterbundes	460	Lehrer	790
Parteilose	5000	Kaufleute	755
Anarchisten (?)	700	Semstwo-beamte	316

Der ehemalige Präsident Castro, der sich nach der Rückkehr in Paris nach einem Hotel in der Nähe der Place de la Concorde bringen ließ, scheint noch nicht zu wissen, ob er in Frankreich bleiben oder nach Spanien gehen wird, das hängt wahrscheinlich von der Haltung der französischen Regierung ihm gegenüber und auch von seiner Gattin ab, die demnächst in Bordeaux eintrifft. Seine Mitreisenden auf der Seefahrt, die ihn an Bord kräftig und aufrecht sahen und sich jetzt einermassen darüber wundern, daß er sich krank und schwach gebärde und keinen Schritt allein tun kann, stellen Castro das Zeugnis aus, er sei ein vollendetes Komödiant. — Uebrigens geht sein Nachfolger gegenwärtig auch in Urlaub.

Sieben Siege in vier Monaten. Mit der Wahl des Genossen Comperc-Morel hat die geeinte sozialistische Partei Frankreichs ihre Siege in der Kammer um sieben vermehrt. Die Zahl der sozialistischen Wahlstimmgen wurde eingeleitet mit der Wahl der Genossen Cabrol und Ducarouge am 21. Dezember v. J. Sodann folgten die Wahlen von Decolme in Amiens, Rognor in Lyon und Nectoux in Sceaux. Hierzu kommt der Renouillat in Marseille, Bonnyon, der sich jetzt der Partei angeschlossen hat. Ferner darf bei dieser Betrachtung nicht außer acht gelassen werden die erheblichen Wahlstimmen, welche eine Reihe anderer Genossen, wie Albert Thomas, Humbert und andere, auf sich vereinigten, ohne die Mehrheit erlangen zu können. — In der Tat eine Reihe glänzender Erfolge, die uns so erfreulich, als Stadt und Land gleicherweise davon beteiligt sind.

Die panславistische Bewegung. Die erste Sektion des slavischen Kongresses hat mehrere Thesen aufgestellt, in denen es heißt: die Politik der Teilung der Einflusphäre im Orient zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland müsse aufhören. Der Kongress sprach die Hoffnung aus, daß durch die Annexion Bosniens das nationale Selbstbewußtsein des serbischen Volkes nicht eingeschläfert werde, und daß die von Oesterreich-Ungarn versprochene Autonomie den annektierten Provinzen tatsächlich gegeben werde. Auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen sei die Aufrechterhaltung der englisch-französisch-russischen Entente wünschenswert. Zum Zwecke der Lösung der slavischen Frage

es notwendig, daß Rußland im eigenen Lande zur Panrusenpolitik übergehe. Der Anfang dazu müsse damit gemacht werden, daß den Polen in ihren ethnographischen Grenzen bis zu autonomen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung die russische Bevölkerung in diesen Gebieten die Stärkung Rußlands sei die Hauptbedingung für die freie Entwicklung aller slavischen Völker. Die russischen Völker müssen aufhören auf Grund der Anerkennung der kulturellen und nationalen Rechte eines jeden einzelnen Volkes als gleichberechtigten Mitgliedes der allslavischen Völkersfamilie. Die Konferenz spreche sich für eine Revision der russisch-polnischen Beziehungen auf genannter Grundlage aus.

Partei-Angelegenheiten.

Fürs Frauenstimmrecht. Am 28. d. Mts. spricht in London Genossin Clara Zetkin in Solborn Town Hall über das Frauenstimmrecht. Unter den Rednern befinden sich noch: Gaskin, Warwic, Herbert Aueros und Hundmann. Die Versammlung ist von der Vereinigung für allgemeines (männliches und weibliches) Wahlrecht einberufen.

Kommunale Wahlerfolge. Bei der Bürgerausschusswahl in Schopfleim an der Schweizer Grenze errang die Sozialdemokratie am Sonntag einen glänzenden Sieg. Auf ihre Liste entfielen 167 Stimmen, auf die der Gegner 120. Vor 3 Jahren betrug unsere Stimmenzahl 76. Bisher war ein Vertreter der Sozialdemokratie im Bürgerausschuss, jetzt sind es deren zwölf!

In Bödinghausen im Landkreis Dortmund stand bei der Gemeinderatswahl die Sozialdemokratie. In allen bei der Wahl, die in den letzten drei Wochen im Wahlkreise Dortmund stattfanden, wurden die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Arbeiterbewegung.

Herbergskater als Streikbrechervermittler gesucht. In Hannover befinden sich die Kleintur und Installateure im Ausstand. Die in der Innung vereinigte Meister suchen sich nun aus der Verlegenheit, Arbeitskräfte zu bekommen, dadurch herauszuwinden, daß sie an die Hausväter der Herbergen zur Selbstdrucke Postkarten versenden und um Uebermittlung von Arbeitswilligen ersuchen. Natürlich wird lobende Befestigung zugesichert. Diese besteht in Wirklichkeit darin, daß Kleintur in Hannover noch mit 37 Pf. Stundenlohn abgepfiffen werden. — Für die Streikbrecher werden allerdings 72 Pfennige Stundenlohn versprochen.

Ein Arbeitswilliger als Messerschneider. Der Streikbrecher Ernst Straß in Nürnberg hatte sich wegen Unterschlagung, Betrugs und Messerschneidens vor dem Strafgericht zu verantworten. Er stahl ein armlanges Messer und provozierte dann, jedenfalls um das gestohlene Messer gleich anwenden zu können, einen Streikposten. Dieser erhielt vom ihm einen Stich in die Hand. Später verließ der Messerschneider dann noch in einer Wirtschaft eine größere Betrugsaktion.

Vom Schöffengericht war der stehende Streikbrecher freigesprochen worden. In der Berufungsinstanz wurde er jedoch wegen Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis verurteilt; außerdem erhielt die Stätte des Vaterlandes wegen Diebstahls und Betrugsverbrechen 6 und 8 Mark Strafe.

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hat soeben ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1908 veröffentlicht. Die Wirtschaftslage ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung dieses Zentralinstituts der deutschen Konsumrentenorganisation geblieben. Zwar ist der Umsatz nicht zurückgegangen, aber die Steigerung ist eine geringere wie im Vorjahre. Den Warenumsatz vermehrte sich von 59.866.220,04 Mark auf 65.778.227,03 Mark. Das ist eine Vermehrung von 9.912.056,99 Mark oder 9,9 Prozent. Im Jahre 1907 betrug die Umsatzsteigerung 28,7 Prozent; so nachhaltig hat die Wirtschaftslage das weitere Wachstum der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine beeinträchtigt. Sie stellt übrigens dieses Ergebnis mit allen übrigen Großverkaufsgesellschaften soweit möglich zusammen, über deren Geschäftsergebnisse vorliegen, ist die Umsatzsteigerung im Jahre 1908 bedeutend geringer gewesen, als im Jahre 1907. So hat zum Beispiel die englische Großverkaufsgesellschaft 1908 nur eine Umsatzsteigerung von 2,1 Prozent erzielt, gegen 9,2 Prozent im Jahre 1907. In der Schweiz stieg der Umsatz 1908 um 18,83 Prozent, 1907 um 34,8 Prozent, in Schweden im Jahre 1908 um 2,82 Prozent, 1907 um 13,3 Prozent, in Holland 1908 um 5,6 Prozent, 1907 um 25,0 Prozent, in Schottland erfuhr der Umsatz sogar einen kleinen Rückgang von 0,97 Prozent, gegen 6 Prozent Steigerung im Jahre 1907. Man sieht aus diesen Zahlen, daß die überall herrschende Wirtschaftslage das Wachstum der Großverkaufsgesellschaften ungünstig beeinflusst hat. Es kann ja auch nicht anders sein, da die breiten Massen der Bevölkerung ihren Konsum einschränken müssen, wenn die Arbeitslosigkeit und das Einkommen geringer werden. Das muß notwendigerweise auf die Umsätze der Großverkaufsgesellschaft einwirken.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine mit ihrem Geschäftsergebnisse durchaus zufrieden sein. Der Reinerwerb betrug 544.785,66 Mark gegen 504.909,97 Mark im Jahre 1907. Der größte Teil dieses Ueberflusses soll zu Abschreibungen und zur Stärkung der Reserven dienen. Wenn die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Mainz sich dem Vorschlage der Geschäftsleitung über die Verwendung des Reinertrages anschließt, so werden die Reserven im laufenden Jahre sich auf 1.275.402,65 Mark oder 85 Prozent des Stammkapitals von 1 1/2 Millionen Mark belaufen. Die Bilanz der Gesellschaft zeigt einen sehr günstigen Status der Gesellschaft und beweist, auf welcher gesunder Grundlage das ganze Unternehmen aufgebaut ist. Da jedoch das Eigenkapital der Gesellschaft noch immer in einem unbefriedigenden Verhältnis zum Umlage steht, wird der Mainzener Generalversammlung vorgeschlagen, das Kapital der Genossenschaft um 1/2 Millionen zu erhöhen, wodurch es auf die Höhe von 2 Millionen gebracht wird. Im allgemeinen verließ das Jahr 1908 für die Großverkaufsgesellschaft ziemlich ruhe. Die drei für sie bedeutungsvollsten Ereignisse: die Schaffung einer eigenen Bankabteilung, die Angliederung der Tabakarbeiter-Genossenschaft als besonderer Produktbetrieb und die Errichtung der Seifenfabrik in Göttingen in Sachsen fallen in das Jahr 1909 und werden daher im vorliegenden Geschäftsberichte nur kurz erwähnt.

Die Gesellschaft beschäftigt ein Personal von 319 Personen, das sich günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erfreut. Im vorigen Jahre wurde die Errichtung eines Unterhaltungsfonds beschlossen, der bei außerordentlichen Vorfällen eingreifen soll. Die Finanzplanung dieses Fonds ist im ersten Jahre seines Bestehens nur gering gewesen, er soll aber auch in diesem Jahre wieder durch Zuweisung von 20.000 Mark erhöht werden. Die einzelnen Abteilungen der Gesellschaft haben recht befriedigend gearbeitet. Ihre Entwicklung befähigt das allgemeine Bild, das man von der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bei der Durchsicht ihres Jahresberichts empfängt; Sie steht auf solider Grundlage und beweist durch ihr stetig, nicht überhaufenes Fortwärtsschreiten, daß dieses Unternehmen der organisierten Konsumrenten sich von richtigen Grundfragen leiten läßt. Man kann daher mit Vertrauen der neuen Epoche entgegensehen, die durch die Schaffung größerer Produktbetriebe der Gesellschaft eingeleitet wird.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Hauptstraße 58. — Verlag von Oskar Schönbach. — Druck von Th. Schönbach. — Preis 2 Mark.

Am 24. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, verschied nach langen, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere horzengute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter
Frau Veronika Guckel
 geb. Ullrich 2037
 im ehrenvollen Alter von 63 1/2 Jahren.
 Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Dienstag, nachmittags 1 1/2 Uhr, nach Cosel.
 Trauerhaus: Alsenstrasse Nr. 76.

Am 24. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere langjährige Mitarbeiterin
Frau Veronika Guckel geb. Ullrich,
 im Alter von 63 Jahren 8 Monaten.
 Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitarbeiter u. Arbeiterin. (Saal II u. III) d. Firma Archimedes
 Beerdigung: Dienstag, den 27. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Alsenstrasse 76, aus nach Cosel. 2038

Stadt-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der Barbier von Bagdad“.
 „Verriegelt“.
 Mittwoch, 8 Uhr:
 „Elektra“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Weisheitsfinger von Nürnberg“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Jungfrau von Orléans“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der Barbier von Bagdad“.
 „Verriegelt“.

Lobe-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Unser Theodor“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
 „Die Nibelungen“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Der fidele Bauer“.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Unser Theodor“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Sollarprinzessin“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Kabinettlerin“.
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
 „Die Sittennote“.
 Samstag, 7 1/2 Uhr:
 „Zwischen Ja und Nein“.

Thalia-Theater.
Voranzeige!
 „Der Ring des Nibelungen“.
 Donnerstag, den 5. Mai:
 „Das Rheingold“.
 Samstag, den 7. Mai:
 „Die Walküre“.
 Sonntag, den 8. Mai:
 „Siegfried“.
 Dienstag, den 13. Mai:
 „Götterdämmerung“.
 Preise: für alle 4 Vorstellungen:
 1. Rang 15 Pf., 2. Rang 10 Pf., 3. Rang 5 Pf.
 Für alle übrigen Plätze halber Preis ohne Berücksichtigung der Plätze.
 Die Ausgabe der Programmscheine erfolgt Freitag, den 30. April, und Samstag, den 1. Mai, nachm. von 3-5 Uhr, an der Eintrittskassenscheide.

Schauspielhaus
 Dienstag, 8 Uhr:
Aennie Tharau
 „Die Förster-Christel“.
 Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Förster-Christel“.
 Donnerstag, 8 Uhr:
Aennie Tharau
 „Das über Wadel“.
 Freitag, 8 Uhr:
Aennie Tharau
 „Der neue Dirigent“.
 8 Pf. - Reformbier - 8 Pf.

Verlangen Sie bitte Biere der Breslauer Union-Bräuerei.
Liebig's Etablissement.
 Täglich:
Mabel May-Yong
Willy Weston etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater.
 Samstag:
Job-Classen
 „Der Mann mit dem Fingerring“.
! Lachstürme!
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Best nachmittags 6 Uhr.

Zeltgarten
 Dr. H. Kratsch.
 12. Tag der internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
 Dazu die ganz neuen Spezialitäten.

Palmengarten.
 Dr. H. Kratsch.
 Letzte Woche:
Rosentanz in Aizza.
 Entree frei.

Dr. Max Berliner
 Spezialarzt für Hals-, Zungen- u. Ohrenkrankheiten
 seit 1891
 Kaiser Wilhelmstr. 29.
 Freundliches Logis für Herren zu erm. Preisen. 67. Bertelsmannstr. 2035

Hammelfleisch
 bühnenstr. 55 Pf., Reule 70 Pf., Kalbfleisch 70 Pf., Schweinefleisch 60 Pf., anderes 70-75 Pf., Rindfleisch zum Kochen 60 Pf., Leber, Metz- und Preiskorn 70 Pf., nur Fleischer Trebnitzerstr. 18.

Pfänder-Auktion
 am 5. Mai bis 8. Mai, Verlängerung nur bis 3. Mai 1909.
 Schwanen, Weichenburgerstr. 33.

Geschäftsanzeige.
 Gerichten und Gerichten ist es nach, mit dem 15. Friedrich-Wilhelmstr. 19 eine Werkstatt für Reparaturen aller Kleinreparaturen, Reparaturen u. Schweißarbeiten, auch Schmelzen, Schmelzen u. Schmelzen, alle u. um fremde Reparaturkosten, für alle und billige Ausführung garantiert.
 Ad. Fröhlich, Weichenburgerstr. 2036

Medizinal-Hungar-Weine
 empfiehlt zu Originalpreisen
Ernst Berger, Kolonialwaren
 Steinbock bei Ohlan.

Kaufe gebr. Möbel,
 Schränke, Vertikals, Schränke, Spiegel, Kassetten gegen sofortige Zahlung.
 2041 Wähler, Gartenstr. 33.

Verkauf gebr. Möbel!
 Schilf u. 9, 12, 15 Pf., Bettst. 2, 3, 5 Pf., Kommod. 5, 8 Pf., Tische 2, 3, 4 Pf., Schreibstühle 66. 2041

Strohhaute
 für Damen, Herren und Kinder
 direkt in der Fabrik
 Neue Grubenstrasse 11, Hof.
 Freund & Krebs.
 Strohhüte werden repariert.

Eduard Bernstein:
Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.
Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Gummi-Waren
 Sanitäre Systeme 1893
Spül-Spritzen
A. Kindler, Breslau,
 Juukernstr. 35.

Elne jede kluge Mutter gebraucht nur Spül-Spritzen
 D. R. O. M. 44, 6, 8, 10, 12 M.
 a. d. Alleinverk. W. Schlegel
 Breslau I, Nikolaistraße 21.
 Verletzt, ausgeschl., sicher d. Beste. Zahl. Anerk. Bedien. f. Damen sep. l. Et. Hauseing. Diskr. Versand. Nachn.

Bettfedern und fertige Betten.
 Koelll
 BILLET
 640
 Spz.: Brautausstattung. Preisliste gratis und franko.
Julius Immerzrieder
 Bresl., Reinfest. 32/33.

Soeben erschienen:
Der Weg zur Macht
 Politische Betrachtungen über das Hinderniswachsen in die Revolution :: von **Carl Kaufsky.**
 Preis 50 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Amor-Säle Böpelwitzstraße 36, Def.: M. Fuohs. 2034
 Heute Dienstag:
Grosses Familien-Kränzchen.
 Volle Musik. Giddelnessen.
 Zombent. von 1. Mai: Kränzchen von 1. Mai: Böpelwitz.

Die Herren- und Anaben-Kleider-Fabrik
 von Max Weimann, Reinfest. 51, Reinfest. Part. 5, verkauft ihre großen Lagerbestände zu billigen Fabrikpreisen im Einzelnen total aus.
 Verkaufsstunden: Sonn- 9-12, nachm. 3-6, Sonntag vom 11-1. 2042

Soeben erschienen:
Mai-Zeitung
 1909.
 Preis 10 Pf.
 Buchhandlung „Volkswacht“.

Soeben erschienen:
Der Lockspitzel Asew und die terroristische Taktik.
 Von LEO DEUTSCH.
 Uebersetzt von S. Grambach.
 Das ungeheure Aufsehen, welches die Entlarvung des zürstischen Lockspitzels Asew in der ganzen Welt hervorrief, gab dem bekannten Autor von „Sechzehn Jahre in Sibirien“ Stoff zu dieser hochinteressanten Broschüre. Als einer der besten Kenner der russischen Revolution gibt Leo Deutsch Anweisung, wie es Asew verstand, das schändliche Doppelspiel, als Führer der russisch-revolutionären Kampfgesellschaft und als Lockspitzel, so lange zu treiben.
 Genosse Leo Deutsch bekämpft zum Schluss die terroristische Taktik als verfehlt im Kampfe gegen die russische Reaktion.
 Der Umschlag ist mit Asews Bild versehen.
 Der Preis ist für abgesetzte Exemplare beträgt 40 Pf.
 Nach auswärts 5 Pf. Porto.
„Volkswacht“-Buchhandlung.

Kurbad Hygiea
 Fernopr. 7608 Medizinische Kuranstalt G. m. b. H.
Breslau V. Gartenstraße 19. Quergebäude
 Neu eröffnet! Kurmittel: Neu eröffnet!
 Das gesamte Wasser-Heilverfahren zu Heil- und Untersuchungszwecken
 Manuelle und Vibrations-Massage
 Elektrische Lichtbäder mit Bestrahlungen
 Elektro-Therapie einschließlich Tesla-Ströme (nach Prof. d'Arsonval oder Oudin, Paris)
 Röntgen-Strahlen
 Kohlensäure-Bäder
 Fango-, Moor-, Schwefel- und Fichtennadel-Bäder
 Heißluft- und Dampfbäder (irisch-römisch)
 Wannebäder aller Art
 Die Anstalt ist vollständig neu, modern und komfortabel eingerichtet, auf das Vornehmste ausgestattet und mit allen Apparaten versehen, welche den neuesten medizinischen Forschungen entsprechen. — Vorzügliches, ärztlich geschultes Personal. — Peinlichste Sauberkeit. — Sehr zivile Preise.
 Ununterbrochen geöffnet: Im Sommer von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; im Winter von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends; Sonntags nur Vormittags 8-1 Uhr.

Liegnitz. Zur Gewerbegerichtswahl
 sind von den freien Gewerkschaften als Kandidaten der Arbeitnehmer aufgestellt worden:
 Kenner, Heinrich, Tischler
 Gschirch, Robert, Schuhmacher
 Teuscher, Hermann, Handschuhmacher
 Jorisch, Heinrich, Textilarbeiter
 Brauner, Josef, Töpfer
 Frieze, Franz, Tischler
 Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, Gelehrten, Gehilfen etc., welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke des Gewerbegerichts beschäftigt sind, oder, falls sie außerhalb dieses Bezirkes in Arbeit stehen, wohnen. Desgleichen sind alle Arbeitnehmer wahlberechtigt alle leitenden Gewerbetreibende, welche nicht regelmäßig einen Arbeiter das ganze Jahr beschäftigen, sowie alle Betriebsbeamte und Werkmeister, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mk. nicht übersteigt, sowie alle Mitglieder von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen wird, ist es notwendig, daß jeder Wähler mit einer Bescheinigung über seine Wahlberechtigung versehen ist. Die Bescheinigung wird von der Polizeibehörde unentgeltlich erteilt.
 Die Wahl findet Sonntag, den 2. Mai d. Js., von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags im neuen Rathaus statt.
 Es wählen alle Wähler mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließlich M im Stadtverordneten-Sitzungslokal, N bis Z im Zimmer 56.
 Die Wahl ist geheim und sind Stimmzettel mit obigen Namen am Tage der Wahl vor den Wahllokalen zu haben.
Das Gewerkschafts-Kartell.

Mai-Karten
 In großer Auswahl
 und
 schönster Ausführung
 Stück 8 Pf., 2 Stück 15 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht

Kunstgaben in Heftform.
 Herausgegeben von der Freien Lehrervereinigung für Kunstpflege in Berlin.
 Bisher erschienen:
Hans Thoma. Ein Buch seiner Kunst mit einer Einleitung von Wilhelm Kotzde.
Wilhelm Steinhausen. Göttliches u. Menschliches mit einem Geleitwort von Gerhard Krügel.
Alfred Rethel. Sechzehn Zeichnungen und Entwürfe mit einer Einleitung von Walther Friedrich.
Giovanni Segantini. Siebenzehn Zeichnungen mit einem Geleitwort von Wilhelm Kotzde.
Fritz von Uhde. Eine Kunstgabe für das deutsche Volk mit einem Geleitwort von Alexander Troll.
Jede dieser schönen Kunstgaben, im Formate 22 x 29 cm, umfasst sechs bis achtzehn Vollbilder auf starkem Kunstdruckpapier in künstlerisch vornehmem Umschlag u. kostet nur 1 Mk.
 Buchhandlung „Volkswacht“, Neue Graupen-Strasse No. 5/6, Hof, 1.

Deutscher Reichstag.

248. Sitzung. Montag, den 26. April, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Nieberding.

Die zweite Beratung des Gesetzes betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes,

der Zivilprozessordnung,

des Gerichtslosgesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte...

Abg. Dr. Wagner (kons.) erklärt sich mit der Festsetzung einverstanden.

Abg. De Witt (Zentrum) spricht von den Befürchtungen der Anwälte...

Abg. Dove (freis. Vgl.): Ein Teil meiner Freunde ist von der Möglichkeit der Erhöhung nicht überzeugt.

Abg. Dr. Blafß (freis. Vp.): Das Gesetz ist nur ein Notgesetz, und nur etwas Halbes.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Wenn eine Überlastung der Amtsgerichte eintritt...

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Bedenken, welche meine Freunde bei der ersten Lesung erhoben, waren zweierlei. Erstens wünschen wir nicht, daß der Schwerpunkt der Rechtsprechung...

Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an der Erhaltung der freien Advokatur.

Abg. Wasserhann (nall.): Weder das Publikum, noch der Anwaltsstand wünscht den früheren Zustand...

Abg. Storz (D. Vpt.) (spricht für die Unabhängigkeit der Anwälte, hält aber die Frage der Heranziehung des Laienelements noch nicht für spruchreif.)

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole): Die Vorlage ist weder eine Verbesserung, noch eine Verbilligung der Rechtspflege.

Die Erhöhung der amtsgerichtlichen Kompetenz auf 600 Mark wird mit großer Majorität angenommen.

Die folgende Riffer will nach der Fassung der Regierung die Kammer für Handelsachen zur Berufungsinstanz in Prozessen bis zu 600 Mk. machen.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Die Landgerichte sind als Berufungsinstanz am allerunbeliebtesten.

Nach weiterer, unerheblicher Debatte wird der Antrag Wasserhann angenommen.

Kommission, Ansprüche aus dem außerehelichen Geschlechtsverkehr als Ferienachen zu behandeln.

Nachdem Abg. Riefisch (Zentr.) den Antrag bekämpft hat...

Abg. Graf (Wirtsch. Vgl.) begründet eine Resolution, worin verlangt wird, die Bezeichnung „Gerichtsschreiber“...

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Ich bin erstaunt, daß gerade von jener Seite ein solcher Antrag kommt.

Die Resolution wird abgelehnt. Zum Artikel 2 begründet Abg. Heine (Soz.) einen Antrag...

Abg. Heine (Soz.) einen Antrag Abrecht und Genossen (Soz.) der verhindern soll, daß die Parteien, deren Prozesse jetzt vor das Amtsgericht kommen...

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß ein Zusatzantrag De Witt (Zentrum) eingegangen ist...

Der Antrag Abrecht und Genossen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt.

Weiter liegt ein Antrag Abrecht und Genossen (Soz.) vor, dem § 157 der Zivilprozessordnung hinzuzufügen: Die Vorschrift des Abt. 1 findet keine Anwendung auf

Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte, die in dieser Eigenschaft fremde Rechtsangelegenheiten besorgen.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Unser Antrag hat in der Kommission keine Annahme gefunden.

Es gibt ja eine große Anzahl verständiger Richter, welche die Tätigkeit der Arbeitersekretäre nicht unterbinden.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

In anderen Ländern wird die Tätigkeit der Arbeitersekretäre ganz anders gewürdigt. In der Schweiz wird das Arbeitersekretariat mit 80.000 Mark subventioniert.

Es handelt sich bei unserem Antrag nicht nur um die Sekretariate der freien Gewerkschaften, sondern ebenso gut um die aller uns entgegenstehenden Organisationen.

Abg. Dr. Heine (Soz.): Wir wollen den Zustand, der praktisch im Süden und Westen des Reiches besteht, auf ganz Deutschland ausdehnen.

Staatssekretär Dr. Nieberding fordert den Abg. Frank auf, Fälle, in denen Arbeitersekretäre zu Unrecht abgewiesen wurden, mitzuteilen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Der Rat des Herrn Staatssekretärs, uns zu beschweren, hat für uns keinen Wert.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhans.

71. Sitzung. Montag, den 26. April, Mittags 12 Uhr.

Am Ministerstisch: Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff, Freiherr von Heintzenberg.

Das Hans ehrt zunächst das Andenken des verunglückten Abg. Grafen Balkeström (Zentrum) durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Kultusetats.

Beim Titel „Ministergehalt“ findet eine allgemeine Besprechung statt.

Abg. Marg (Zentrum) bedauert, daß der Kultusminister den Verhandlungen nicht beimohnen könne.

Das Kultusministerium hat wohl in dieser Frage in letzter Zeit etwas Wohlwollen gegenüber dem Zentrum bewiesen, aber wir verlangen nicht Wohlwollen, sondern Gerechtigkeit.

gegen die Verbreitung der Schundliteratur, der Kollportage-Romane, unter der Schuljugend vorzugeben.

Die Schüler müssen aufgefördert werden, in Geschäften, die diese Hefte führen, überhaupt nichts mehr für ihren Schulbedarf zu kaufen.

Abg. Marg (Zentrum) bedauert, daß der Kultusminister den Verhandlungen nicht beimohnen könne.

Genossen! Denkt an den 1. Mai!

Thalia-Theater.

Die Sittennot.

Tragödie eines Schülers in 4 Aufzügen von Adolf Schwayer.

In der Zeit der Schülerelbstmorde liegt es begreiflich nahe, den psychologischen Gängen unglücklicher junger Menschenkinder nachzuspüren.

Der österreichische Beamte Ullmer ist ein streberhafter Bürokrat modernsten Typs.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Abg. Schmidt (Berlin) (Soz.): Ich weise nur darauf hin, wie außerordentlich notwendig es für die Arbeiter ist, eine Vertretung vor dem Amtsgericht zu haben.

Aus aller Welt.

Von unserer Marine. Ein Obermaat des Torpedoboots S. 33 war vom Kriegsgericht zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt worden.

Vor dem Oberkriegsgericht der Hochseeflotte wurde aber von den vernommenen Zeugen der Beweis erbracht, daß der Oberflenermann oft einen schwankenden Gang gezeigt, beim Sprechen gelächelt und auch fast ein sehr auffallendes Benehmen gezeigt habe.

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Molb für Verbrecher. In dem Vorräume einer Leichenhalle in Paris, die in letzter Zeit mehrfach von Dieben heimlich betreten worden ist, kann man jetzt einen Aufschlag mit folgendem hübschen Inhalt lesen: „Die unterzeichnete Verwaltung benachrichtigt hierdurch Diebe und Einbrecher, daß in diesem Räume über Nacht weder Geld noch Wertgegenstände aufbewahrt werden.“

Ein Regierungskommissar verteidigt die Haltung der Regierung gegenüber der katholischen Ordensniederlassungen.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff geht auf einzelne Beschwerden des Vorredners über die Handhabung des Volksschulunterrichtsgesetzes in der Rheinprovinz ein.

Abg. Eichhoff (rechl. Vot.): Die Erörterung konfessioneller Streitigkeiten will ich anderen überlassen, die mehr Geschmach daran finden.

Trennung von Kultus und Unterricht.

Die Trennung von Kultus und Unterricht ist ja nicht vorhanden. (Sehr richtig! rechts.) Viel wichtiger erscheint uns die Herabsetzung des Kultusministeriums.

Abg. Dr. Gadenberg (natl.) bedauert ebenfalls die Befangung im Kultusministerium.

Ergebnisse des Volksschulunterrichts. In der Volksschule sollte auf die Geschichte bis zum Mittelalter nicht mindestens eben so großer Wert gelegt werden, wie auf die Geschichte der Neuzeit.

nicht die Körperkultur vergessen werden. Man darf ein Kind von 8, 10, 12 Jahren nicht 4 Stunden hintereinander geistig behandeln, ich möchte sagen, misshandeln.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff geht auf einzelne Beschwerden des Vorredners über die Handhabung des Volksschulunterrichtsgesetzes in der Rheinprovinz ein.

Was dem Fall Maßling anlangt. Es liegt es dem Herrn Minister durchaus fern, die Befugnisse der Schulräte zu verengen.

Abg. Dr. Gadenberg (natl.) bedauert ebenfalls die Befangung im Kultusministerium. Wir erwarten, daß aus den gegenwärtigen Verhältnissen kein Fortschrittsfall für die Zukunft geschaffen werde.

Untergerichtsverwaltung nicht einseitige Parteinteressen verfolgen, geht daraus hervor, daß ihre Maßnahmen heute von rechts und morgen von links bekämpft resp. anerkannt werden.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff erwidert, daß aus technischen Gründen ein zweisprachiger Unterricht in der Volksschule nicht möglich ist.

Abg. Graf Claron v. Sauffenble (kons.): Auch meine politischen Freunde bedauern die Abwesenheit des Herrn Kultusministers.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. April. 28. April.

1799 Kasseler Gefandtenmord: Die französischen Kommissare werden von ungarischen Husaren überfallen und zum Teil ermordet.

1853 Der Dichter Ludwig Tieck in Berlin t.

Niederlage des Handelsministers im Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Ein helles Licht auf die in der Reichsversicherungsordnung vergebene Abscheidung des Rechts der Kassen gegen behördliche Übergriffe wirft die jetzt veröffentlichte Entscheidung des Bezirksausschusses zu Gunsten der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin.

Bekanntlich hatte der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, dem die von den Kassenkontrolluren und dem Rentanden der vorgenannten Kasse veranstalteten Icherreichen Wohnungen enqueteen (ähnlich wie in Breslau!) unangenehm waren, im Jahre 1907 sich herausgenommen, den Magistrat als Aufsichtsbehörde der Kasse zu ersuchen, der Kasse die Veranstaltung solcher Wohnungsenqueteen zu untersagen.

Diese gescheiterte, vom Minister herbeigeführte Anordnung hat nunmehr der Bezirksausschuß Berlin als eine mit dem Gesetz unvereinbare, die Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder schädigende Maßnahme auf die Klage des Kassendeckandes außer Kraft gesetzt.

In den Urteilsgründen heißt es:

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der angefochtenen Anordnung hängt wesentlich mit der Verantwortung der Frage zusammen, ob die Aufwendungen aus dem Vermögen der Kasse zu den Zwecken der sogenannten Wohnungsenqueteen und ihrer Veröffentlichung nach der Vorschrift des § 29 des Krankenversicherungs-gesetzes bezw. nach dem Kassensatz zulässig erscheinen oder nicht.

Wäre die Reichsversicherungsordnung Gesetz, so würde der Kasse verlagt gewesen sein, durch Gerichtsurteil feststellen zu lassen, daß nicht sie, sondern die oberste Aufsichtsinanz in Preußen gesetzlich gebildet hätte.

auszustehen haben, worauf sie sich schon jetzt vorbereiten sollten.

* Zufriedene Arbeiter. Dem Fabrikarbeiterverbande war es gelungen, in unserem Nachbarort G u n d s f e l d ein Lokal zur Abhaltung einer Gewerkschaftsversammlung zu erhalten, die auch am Sonnabend im großen Saale des Etablissements „Gelber Löwe“ stattfand.

Einer der Führer der Gundsfelder katholischen Arbeiterbewegung, der Obergärtner Anders aus Sacrau, schien einzusehen, daß die Versammlung nicht mit einer so großen Plomage für die borschen Interessenvertreter enden könnte, er versuchte zu retten, was noch zu retten sei, und erbat sich das Wort, welches ihm auch noch bereitwilligst gewährt wurde.

Die Interessen der Handlungsgehilfen und das Breslauer Kaufmannsgewerkschaft. In der Sitzung vom 24. d. M. beschäftigte sich der Ausschuß des Kaufmannsgerichts mit den von den Beisitzern des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gestellten Anträgen, den Bundesrat und den Reichstag zu ersuchen, daß

- 1. Die in dem Entwurfe eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vorgesehene Bestimmung über den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, beseitigt werden; ferner die Bestimmungen, durch welche Angestellte oder Beauftragte wegen Verletzung mit Strafe bedroht werden, in dem Gesetz keine Aufnahme finden; 2. in dem zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Arbeitskammergesetzes Bestimmungen getroffen werden, wonach auch für Handlungsgehilfen derartige Kammern zu schaffen sind.

Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft und führte zu dem Beschluß, daß Antrag 1 mit der Motivierung angenommen wurde, von der beabsichtigten Erhöhung der Strafe abzusehen, da die jetzt bestehenden Strafbestimmungen als ausreichend erscheinen.

Die Diskussion über diesen zweiten Antrag zeitigte einige recht interessante Momente. Die ausführliche Begründung des Antragstellers, der u. a. das Breslauer Kaufmannsgericht in sozialen Fragen als rückständig bezeichnete, entfesselte einen Sturm der Entrüstung bei den Prinzipalen.

Trotzdem jedem Ausschußmitglied ein Druckemplar der ausführlichen Begründung zulaßt Lage vorher durch das Kaufmannsgericht zugestellt worden ist, erklärten die Prinzipale ferner, daß sie mit der Materie nicht genügend vertraut seien und sich mit der Frage noch nicht befassen konnten, da sie nicht über so viele freie Zeit verfügen können, wie die Handlungsgehilfen!

* Den Städten zur Nachahmung empfohlen. In B a n g e n soll als Ersatz des auf Grund des Pollsteuer-gesetzes weggelassenen Oktrois, das jährlich 42,000 Mark (in Breslau 1,800,000 Mk.) bringt, mit dem 1. April 1910 eine Wertzuwachssteuer eingeführt werden.

Es geht es Schlag auf Schlag gegen den Handel! Ein großer Detailist meint, man müsse jetzt ernsthaft erwägen, ob nicht ein allgemeiner Protest angebracht sei, vielleicht in der Form, daß sämtliche Detailgeschäfte eine Zeitlang ihre Türen schließen. Nur durch solchen „Massenstreik“ könne den Regierungen und ihren Mäkulen gezeigt werden, daß das Maß nicht nur voll, sondern bereits zum Ueberlaufen gebracht ist.

Und welcher „Schlag gegen den Handel“ ist es, der das Händlerorgan und seinen Gewährsmann in so rabiate Stimmung versetzt hat? Der Beschluß einer Reichstagskommission, Aufsichtsbearbeiter für das Handelsgesetz einzuführen. Demnach haben die Detailisten Ursache, sich vor den Handelsinspektoren zu fürchten. Mögen sie also freilich, die Konsumvereine werden in diesem Falle „Streikbrecher“ spielen, da sie dem Handelsinspektor mit Gleichmut entgegensehen können.

Der höfliche Schuhmann. Nicht immer gehen die Volkstufen bei Störungen unmisslich vor, sie können auch „anders“, wie folgender Fall beweist. In der Nacht zum Sonntag besaß ein fremder Kaufmann in der Gartenstraße eine rubig mit ihrem Manne dahergehende Dame. Ein Schuhmann hielt nun den (etwas angebetenen) Mann an und forderte, daß er sich legitimiere. Der aber beruhte den Schuhmann, indem er einmal sagte, er wohne Hotel Russie, das andere Mal Hotel de Rome. Fälschlich verstand der Schuhmann „Rohensollern“. „Na, dann schreiben Sie „Rohensollern“ wie der Mann. Die Umstehenden (Nachtdiener aus dem Café etc.) lachten und ulkten mit. Nun wollte der Schuhmann Legitimationspapiere. Der Stürmer gab ihm allerlei Geschäftskarten, sagte, er sei aus Berlin, „ne echte Köllische Jung“, dann wieder, er sei aus Berlin, und reichte schließlich unter fortwährendem Schreien dem Schuhmann eine Berliner Zeitung als „Legitimation“ hin. Erst als ein Vorübergehender laut rief: „Mit dem K... hat die Polizei nicht so viel Geduld“, von dem man sich nicht so lange beruhigen, erst da wurde die Geschichte dem Schuhmann zu... und er schritt etwas energischer zur Verhaftung. Nach aber erst noch eine Rede über sich ergießen, worin ihm der Verhaftete „bewies“, daß nicht er, sondern der Schuhmann verhaftet sei, die Drohke bis zur Wache zu bezahlen! Erst als auch diese Frage gelöst war, fuhr der Schuhmann mit seinem Inhaber und Frauendiebstahligen davon. Wenn man doch diese Engländer auch bei weniger gut geleiteten Geschäften wälten lassen müßte! Aber da haperts meist, wie wir oft genug an dieser Stelle bewiesen haben.

Von der Hebernahme der Polizei in städtische Verwaltung. Bekanntlich dürfen die Städte nur die Kosten für die Polizei aufbringen, diese selbst dient und untersteht als Machtmittel nur den Regierungen. In neuerer Zeit versuchen die Gemeindevorstände die Polizei in ihre Verwaltung zu bekommen, freilich bis jetzt erfolglos. Auch das Berliner Stadtverordnetenkollegium hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Frage beschäftigt. Der Ausschuss zur Vorbereitung dieser Angelegenheit beantragte nur Uebertragung der Wohlfahrtspolizei an die Stadt, während die sozialdemokratischen Vertreter nachdrücklich die Verwaltung der Gesamtpolizei durch die Stadt forderten und bei dieser Gelegenheit scharfe Kritik an der Berliner Polizei übten. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß schließlich dem Antrage des Ausschusses gemäß.

Der Blindenverein „Eintracht“ feierte am Sonnabend im Saale der „Neuen Bäder“ sein diesjähriges Stiftungsfest. Das Programm setzte sich zusammen aus Gesangs- und Klavierkonzerten, die nur von Mitgliedern ausgeführt wurden und viel Beifall fand. In seiner Rede schilderte der Vorsitzende, Herr Bartsch, die Ziele des Vereins und dankte allen, die dessen Bestrebungen auf Förderung der Mitalieder, Pflege der Geselligkeit und Gewährung von Unterstützungen fördern helfen. Insbesondere bat er die Blinden durch Zuweisung von Arbeiten zu unterstützen. Der Blinde ist im Kampf ums Dasein besonders dadurch sehr benachteiligt, daß er sich nicht selbst geeignete Arbeit zu suchen vermag. Wer deshalb Bedarf hat an „Hilfen“, Koch- und Seilernarbeiten sowie weibliche Handarbeiten oder Hochdruckarbeiten, der wende sich eventuell mittels Postkarte an den Schriftführer des Vereins, Otto Ulbrich, Gräbnerstraße 116.

Im Anschluß an das Programm fand ein Tanzkränzchen statt, das die Teilnehmer noch einige Stunden beieinander hielt.

Die Gewerkschaftskassierer, welche den fälligen Kartell- und Sekretariatsbeitrag noch nicht entrichtet haben, werden dringend ersucht, die Beitragszahlung an den Kartellkassierer umgehend zu erledigen.

Gleichzeitig bitten wir die Kassierer der Bauarbeiter-Schutzkommission angeschlossenen Gewerkschaften die fälligen Quartalsbeiträge an den Unterzeichneten abzuführen.

Der Kartellvorstand: J. A.: R. Peterhansel.

Herrenloses Gut. Bei einer Hausflur in der Westendstraße sind folgende Gegenstände, die mutmaßlich von Diebstählen herrühren, in einem Saal verpackt eingekleidet worden: neun Janggen verschiedener Art, ein Hammer zwei Feilen, vier Schraubenzieher, eine Willempfe, zwei Meißel, ein sogenannter Kuchenschwanz, avarisch Stuhl verschiedene Messingwerkzeuge und Bestandteile von Wasser- und Gasleitungen, mehrere Gummischläuche, Bleirohrabfälle u. a. m.

Eine sehr praktische postalische Erneuerung tritt am 1. Mai in Breslau in Kraft. Von diesem Zeitpunkte gelangen die Gilbottenpakete nicht mehr erst nach dem Paketpostamt, sondern sofort nach der Ankunft von dem betreffenden Bahnhofspostamt befreit, also von dem Postamt 2 (Hauptbahnhof) und Postamt 3 (Freiburger Bahnhof). Gegenüber früher dürfte dies eine Beschleunigung in der Befreiung von etwa zwei Stunden bedeuten. — Auch die Gilbottenpakete werden von den zuständigen Bahnhofspostämtern abgetragen.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. Mai versieht, tut gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben:

Bisherige Wohnung:

Wo wohnen Sie nach dem 1. Mai?

Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und Nachnamen auf die folgende Linie zu setzen:

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

sam gemacht, daß am 1. Mai (Sonnabend) die Unterführung nur von früh 7—8 Uhr ausgezahlt wird. Nach 8 Uhr ist das Bureau den ganzen Tag über geschlossen. Diejenigen Arbeiter, die die Versammlung am Vormittag besuchen, erhalten eine Biermarke im Gewerkschaftshaus. Die Zahlstelle zählt zur Zeit etwa 400 Arbeitslose!

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts hat der Magistrat den Magistrats-Assessor Dr. Wiesner gewählt. Die Wahl ist vom Regierungspräsidenten bestätigt worden.

Arbeiter-Sängerbund Breslau. Die Gmdenschaftliche Gesangsprobe findet Donnerstag, den 29. April, Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Zur Teilnahme gelangen folgende Massenlieder: „Emvor zum Licht“, „Der Menschheit Erwachen“, „Sturm“, „Werkel“ und „Internationale“. Es haben alle Sänger und Vereine in dieser Probe zu erscheinen. Gleichzeitig hat die Rechnung vom Volksleberabend zu erfolgen.

Diefs Wusch trifft am 7. Mai d. J. in Breslau ein, um eine Reihe glanzvoller Vorstellungen darzubieten. Das Künstlerpersonal wird aus durchweg neu engagierten Kräften bestehen. In Berücksichtigung der in die Spielfaison fallenden Festwoche sind besondere Anstrengungen gemacht worden, um den auswärtigen Festgästen angenehme Entzerrungen an Breslau zu verschaffen. Zu der Pantomime „Katharina II. von Rußland“ sind die Vorbereitungen im Gange.

Zwangweise versteigert wurde das Bohrauerstr. 5 belegene, auf den Namen des früheren Malermeisters, Rentier Robert Jenich in Breslau, Dorfstraße 17, eingetragene Vorderwohnhäuschen (Karlshöhe) etc. Der jährliche Nutzungswert der gesamten dort befindlichen Gebäude beträgt 17.120 Mk. Es erlangte dasselbe am Montag der Kaufmann Meyer Kirschstein als Generalbevollmächtigter der Frau Kaufmann Martha Drolle, geb. Jenich-Breslau, Sadovakstraße 31, zum Preise von 250.720 Mk.

Taschen zu! Hauskollektionen werden im Monat Mai abgehalten werden in der ganzen Stadt der Provinzial-Synode in Breslau, in einem Teil der Stadt zum Besten der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Mission unter den Heiden und zum Besten des St. Marienstifts in Breslau.

Zur Ermittlung einer Gannerin. In der Südnordstadt treibt gegenwärtig eine 16—18 Jahre alte Frauenperson, mittelgroß, mit schwarzem Hock und weißem Strohhut bekleidet, Verbrechen in der Waise, daß sie keinen Kindern, die von ihren Eltern zum Einkauf ausgesandt worden sind, das Geld oder die Ware abschwindelt. Sie erweist den Kindern Mißbräue und gibt ihnen Verwundungen, und wenn die Mummislofen darauf eingehen, erbleibt sie sich, deren Portemonnaie oder Ware so lange zu halten, verschwindet dann aber damit. In dem Hiedurch von dieser Person vernachlässigt wird, wird zugleich gebeten, Angaben zu deren Ermittlung nach Zimmer 47 des Polizeipräsidiums zu richten.

Wasserleiche. Das seit dem 1. d. M. vermißte Dienstmädchen Drescher von der Kaiser Wilhelmstraße ist am 26. d. M. als Leiche aus dem Schwarzwasser gezogen und nach dem Leichenhause geschickt worden.

Gefunden wurden: Eine silberne Damenuhr, ein Moskitarmband, eine goldene Nadel mit weißem Stein, ein gelbeses Kreuz mit einem roten und vier weißen Steinen, ein Lederstift mit Schreibzettel, ein silbernes Damenhandtäschchen, ein Säbel mit Koppel, ein Stuhl rotes Kindfleisch, drei Eisenteile, eine blaue Perle, eine Straßenbahnabonnementskarte, eine Invalidenpensionkarte und Legitimationspapiere. — Zugelassen ist dem Kontoristen Deutschhorn, Leichstr. 31 bei Schiffmann, ein schottischer Schäferhund. — Zugelassen ist dem Werkmeister Sander, Schichwerstraße 18/24, eine Brieftaube.

Gelunden wurden ferner: drei Portemonnaies mit Inhalt; eine goldene Herren- und eine Damenuhr; eine silberne Herrenuhr; eine Damenstahlabre; eine goldene Brosche; ein Armband; ein Damenreißer; drei Schirme; ein Spazierstock; eine große eiserne Kange; mehrere Schlüssel und verschiedene Papieren. — Ferner sind in der Zeit vom 31. März bis 18. April er. in den städtischen Amtsstellen, Verkehrsanstalten etc. folgende Gegenstände gefunden worden: ein Rinderherz und ein Kalbsgelleuge (Schlacht- und Viehhof); ein seidener Damenschirm (Stadt-Theater); zwei Regenschirme, zwei Spazierstöcke, zwei Damenschirme, ein brauner Handschuh und ein schwarzer Schirm (Städtische Straßenbahn).

Gefaschte Gelbilde. Am 21. d. M. wurden auf der städtischen Schlacht- und Viehhofsfläche zwei falsche Zweimarkstücke mit der Jahreszahl 1907 in Zahlung gegeben.

Herrenloser Handwagen. Vor einigen Tagen hat ein unbekannter Mann einen vierrädigen Handwagen mit geschlossenem gefülltem Rasten in den Hof des Grundstücks Matthiassstr. 116 gefahren und sich dann eilig entfernt. Der Eigentümer des Grundstückes hat den Wagen in Verwahrung genommen.

Stadt-Theater.

Nachdem Herr Kapellmeister Ohnesorg am Sonntag die „Jüdin“ von Paley mit den nötigen Vorbereitungen — wie ich höre — recht gut herausgebracht, dirigierte er am Montag den „Lammhäuser“ ohne Probe. Ist es schon nicht ganz einfach, einen Sänger zu empfehlen oder abzulehnen, der auf Engagement antritt, so ist das bei einem Orchesterleiter noch viel schwieriger. Klappert alles, so ist man leicht geneigt, zu sagen, er habe ein routiniertes Orchester unter sich gehabt. Klappert manches nicht, so pflegt man anzunehmen, der neue Mann habe das Orchester „irritiert“. Der Herr Ohnesorg am Montag beobachtete, muß bekennen, daß er ein ruhiger, zielbewußter Künstler ist, der die Partitur müdebelehrt und sich nie in virtuosen Manier bemerkbar macht. Mit unauffälligen diskreten Handbewegungen gibt er präzise die Einsätze, regt die Musiker an oder dämpft deren allzu großen Eifer ab.

Wenn trotzdem das Orchester an manchen Stellen reichlich laut war, so liegt die Schuld durchaus nicht am Dirigenten; er kann eben an einem Abend nicht alles reformieren. Das Publikum war von der Aufführung sehr befriedigt und affamierte den neuen Kapellmeister lebhaft, sowohl nach der sehr schwungvoll gespielten Ouvertüre (der Anfang des Allegro war ein wenig zu schnell, wenigstens an der Auffassung des Wagner-Dirigenten Anton Seidl gemessen), als auch zum Schluß, jodas (ein seltener Fall in Breslau) auf stürmisches Verlangen der Gait vor dem Vorhang erscheinen mußte. Ebenso Herr Günther Braun, der wie auch Herr Pierotti besonders gut bei Stimme war und von der stark vertretenen Damenwelt ungezählte Male hervorgejubelt wurde. Den gastierenden Dirigenten kann man ohne Sorg bestens empfehlen.

Neueste Nachrichten.

Kapituliert Wälw?

Berlin, 27. April. An dem Entwurf einer Reichs-Wertzumwachssteuer wird, wie das christlichsoziale „Reich“ behauptet, seit einigen Tagen im Reichsschatzamt gearbeitet. Diese Arbeit stehe vor ihrer Vollendung. Der Regierungsentwurf werde sich auf den Zuwachs des Grundwertes einschließlich der Vergewertungsgerechsam beschränken. Bei einem Steuersatz von zehn Prozent dürfte der Ertrag dieser Steuer auf hundert Millionen zu veranschlagen sein. Die Gemeinden erhalten das Recht, Zuschläge in beliebiger Höhe zu der Reichs-Wertzumwachssteuer zu erheben.

Berlin, 27. April. Im Einverständnis mit dem Reichsschatzsekretär (1) hat der Vorsitzende der konservativen Reichstagsfraktion für Dienstag Abend die Vorsitzenden der anderen

unterstützen werden. Die Einladung vielfach Besetzung der „Voll. Ktg.“ meint, daß diese Einladung vielfach Besetzung der hervorgehoben wie auch der Umstand, daß entgegen der sonstigen Übung der in der Strukturmaßregeln gestellte Antrag der Konferenz haben allen Mitgliedern des Hauses durch das Bureau gleich anderen für das Plenum bestimmten Druckwerken gestellt worden ist.

Die neueren Besprechungen der Finanzminister der größeren Bundesstaaten wurden Sonnabend abgeschlossen. Sie führten zu keinen entscheidenden Beschlüssen über die Ausmaß der Erbschaftsteuer. Am ausschlaggebendsten gilt nach wie vor die Erhöhung des Kassezolls.

Der Kampf um den Sultan.

Frankfurt a. M., 28. April. Die „Frankf. Btg.“ meldet aus Konstantinopel: Enver Bey und Nisai Bey sollen sich zum Sultan begeben haben, um ihm im Namen der Armees und des Volkes seine Abdankung nahelegen. Kein Minister will mehr sein Portefeuille aus den Händen des jetzigen Sultans entgegennehmen.

Konstantinopel, 27. April. (S. L. B.) Aus bester Quelle verlautet, daß auch die Büchsenpanner des Sultans jetzt entwaffnet sind. Zahlreiche Depeschen sind aus allen Teilen des Landes eingetroffen, die die Absetzung des Sultans oder eine freiwillige Abdankung des Sultans verlangen, daß die Nationalversammlung kaum umhin kann, durch Vermittlung des Scheich ul Islam zur Erneuerung eines neuen Sultans zu schreiten.

Konstantinopel, 27. April. (S. L. B.) Aus der beschlagene Korrespondenz des Jüdis ging die Schuld des Sultans mit voller Deutlichkeit hervor. Infolgedessen blühten schon beim Morgengrauen 101 Schiffe die Erneuerung Meschad Paschas zum Sultan verkünden. Abdul Hamid wird wahrscheinlich auf einem Bosphorus-Schiffe interniert werden.

Konstantinopel, 27. April. (S. L. B.) Die Nationalversammlung, deren Zusammensetzung illegal ist, die Absetzung des Sultans oder die Absetzung eines Prinzen auf ihn in der Richtung beschließen wird, daß er zur Abdankung entschlossen ist, ist noch zweifelhaft. Wahrscheinlich ist, trotz aller Agitation, daß der Sultan als Schattensultan beibehalten wird, vor allem, wenn er nachweisen kann, daß er an der Geldverteilung an die Soldaten nicht beteiligt war. Darüber scheint man vor allem Untersuchungen vorzunehmen. Der Sultan ist jetzt tatsächlich herlassen, nur die Leibgarde befindet sich noch bei ihm. Das Kabinett forderte telegraphisch die Absetzung des Sultans über ihr Programm oder aber eine Erklärung ihres Mißtrauens, worauf das Kabinett offiziell demissionieren soll.

Konstantinopel, 27. April. (S. L. B.) Die Ruhe wurde auch diese Nacht nicht gestört. Die Befreiung des Jüdis ist beendet. Viele Gefangene wurden weggeführt, darunter General Tahir Pascha, mehrere kaiserliche Adjutanten und Eunuchen. Daß diese Gefangenen mit Hanselet und verwundet wurden, rufte große Erregung, auch in diplomatischen Kreisen, hervor.

Konstantinopel, 27. April. (S. L. B.) Die Gefangenenansprüche, die gestern die Stadt durchzogen, machten einen erschütternden Eindruck. Mann an Mann gefesselt, wurden die Gefangenen in drei Abteilungen nach Salonik expediert. 300 Offiziere, darunter ehrenwürdige Krieger, wurden besonders geführt.

Eine neue Verhaftung in Petersburg.

Petersburg, 27. April. (S. L. B.) Der Chef der Petersburger politischen Polizei, Generalmajor Gerassimow wird unter Anklage gestellt, in Beziehungen zur Umsturzpartei gestanden zu haben und zwar auf Grund besessenen Paragraphe, nach welchem Sabotage Anklage erfolgte.

Petersburg, 27. April. (S. L. B.) Die Anklage gegen den Generalmajor und Chef der politischen Partei Gerassimow erregt hier ungeheures Aufsehen. Man erwartet noch weitere Anklagen gegen hochgestellte Persönlichkeiten. Gerassimow hat sein Amt niedergelegt. In Anbetracht seiner erschütterten Gesundheit ist ihm gestattet worden, eine Reise ins Ausland anzutreten, bis das Gerichtsverfahren seinen Anfang nimmt.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprachknoten der Redaktion 3. Postamt d. 12—1 Uhr Mittags.

W. G. R. - Nachbarn. Die Kasse ist uns nicht bekannt. Aber nach Ihren Angaben handelt es sich um eine der vielen Schwindelkassen, der kein Arbeiter beitreten sollte.

G. A. I. Das Gesuch um Naturalisation ist an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Broschüre von Weiss, die in der Volksmacht-Buchhandlung zu haben ist, behandelt dieses Thema. 2. 50—70 Mark. 3. Ja.

Sch. Büchelwischstraße. 1. Der Vater hat nicht das Recht, das uneheliche Kind zu sich zu nehmen. 2. Er ist nach dem Gesetz verpflichtet, die rückständigen Alimente zu zahlen. Versuchen Sie sich mit dem Vormund in Güte zu einigen.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.**
Dienstag, den 27. April:
Metallarbeiter. Generalversammlung im großen Saale.
Schulmacher. Versammlung. Zimmer 1.
Lithographen und Steindrucker. Versammlung. Zimmer 2.
Sattler. Versammlung. Zimmer 6.
- Mittwoch, den 28. April:
Polzarbeiter. Versammlung. Großer Saal.
Radfahrer. Versammlung. Zimmer 1.
Zimmerer. Versammlung. Zimmer 2.
Textilarbeiter. Versammlung. Zimmer 7.
- Donnerstag, den 29. April:
Sängerbund. Generalprobe. Großer Saal.
„Großkitten“. Gelangabend. Zimmer 2.
Bäder. Nachmittags 4 Uhr. Versammlung. Zimmer 8.
Bibiotheks-Abend. Zimmer 7.
- Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Remarkt.**
Protokoll-Versammlung
Mittwoch, den 28. April, Abends 8 Uhr, bei Niebel in Parteilich.
Ansprache: 1. 500 Millionen Mark neuer Steuern. 2. Freie Ausprägung. Referent: Genosse Oscar Schütz.
Land-Distrikt 8. Donnerstag, den 29. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Grewank, Schönstraße 17. Ausgabe der Karten zur Maifeier.
Der Distriktsführer.

Aus der Geschäftswelt.

Das Feinwebhaus Bierschowsky, Breslau, verleiht in Begleit der Frühjahrssaison seinen Sommer-Katalog. Es würde zu weit führen, alle einzelnen Artikel hier zu nennen, doch kann das Werkchen jeder praktischen Hausfrau als Nachschlagewerk für alle so wohl im persönlichen wie im Hausgebrauch notwendigen Wäsche stücke bestens empfohlen werden. Der Katalog wird Interessenten von der Firma auf Wunsch kostenlos angelegt.

18. Generalversammlung der Zimmerer Deutschlands.

Stuttgart, 21. April.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Beratung steht der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Tarif- und Lohnbewegung.

Der Referent, Zentralvorsitzender Schrader, Hamburg, erinnert eingangs seiner Ausführungen, daß nach Abschluß der vorjährigen Tarifverhandlungen sich eine ziemliche Unzufriedenheit unter den Mitgliedern bemerkbar machte...

Wie lag nun damals die Situation? 23.000 Mitglieder kamen für unsere Organisation zuerst in Frage. Vor Fällung des letzten Schiedsspruches wurde eine ganze Reihe Verträge abgeschlossen...

Tarifverhandlungen werden sich wiederholen. Der Arbeitgeberverband hat auf seiner letzten Generalversammlung eine Kommission eingesetzt, die eine Reform des Tarifvertrags vornehmen und dann mit Vertretern der Arbeiterorganisationen in Verhandlung treten soll...

1. Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, den die moderne deutsche Zimmererbewegung zu kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträgen bisher eingenommen hat.

Von den Gesamtheiten der Unternehmer, die Zimmerarbeiten ausführen, und den Zimmerern der betreffenden Orte bzw. Wirtschaftsgelände oder in deren Namen. Der kollektive Arbeitsvertrag soll für alle Zimmerarbeiten des betreffenden Orts beziehungsweise Wirtschaftsgeländes, wofür er abgeschlossen wird, bindend, also unabhängig sein.

Die Lohnbestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen als Minimum gelten; jedem Unternehmer soll es freistehen, nach Maßgabe der Leistung eines jeden von ihm beschäftigten Zimmerers den Lohn zu erhöhen...

Alle Bestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen den sozialen bzw. wirtschaftlichen Bedürfnissen der Zimmerer, für die er abgeschlossen wird, nach Maßgabe der baugewerblichen Produktion und ihrer Verbesserung Rechnung tragen...

Die Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sollen in ihren betreffenden Zahlstellen darauf hinwirken, daß kollektive Arbeitsverträge, wie sie vorstehend umschrieben sind, zustande kommen...

Mit den zentralen Verbandsmitteln soll darauf hingewirkt werden, daß die von den Verbandszahlstellen abgeschlossenen kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträge imnahelgehalten werden.

Zu Erwägung, daß das am 26. März 1908 mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe vereinbarte Tarifmuster für 1910 lokale Verhandlungen zur Vereinbarung neuer Tarifverträge vorzieht, wird den oben umschriebenen Grundsätzen gemäß an lokale Verhandlungen festgehalten.

Werden zentrale Verhandlungen von anderer Seite verlangt, so sind Zentralvorstand und Verbandsauschuß berechtigt, aus ihrer Mitte Vertreter daran teilnehmen zu lassen.

Handelt es sich dabei um Erlebigung von dringlichen Differenzen, so sollen auch Vertreter aus den beteiligten Lokverbänden hinzugezogen werden.

Die Entscheidung über das Ergebnis der eventuellen Verhandlungen steht den Mitgliedern zu.

Nötigenfalls sind Zentralvorstand und Verbandsauschuß berechtigt, eine Generalversammlung einzuberufen, um zu dem Ergebnis der Tarifverhandlung Stellung zu nehmen.

Schrader erläuterte die Resolution und betonte noch: Wir glauben, in der Resolution gesagt zu haben, was notwendig war.

Die Diskussion eröffnet Schmaus-München: Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß die Tarifverhandlungen in Zukunft anders geführt werden müssen.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Die Diskussion eröffnet Schmaus-München: Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß die Tarifverhandlungen in Zukunft anders geführt werden müssen.

Sauer-Leipzig: Das Schiedsgericht war für mich nicht kompetent, es hätten Richter aus Arbeiterkreisen daran teilnehmen sollen.

Schuppen-Krefeld: Der Zentralvorstand hat durch den Tarifabschluß das Richtige getroffen; er hat damit großes Unheil verhindert.

Robas-Breslau: Die Breslauer Kameraden setzen mit dem Verlauf der vorjährigen Tarifbewegung unzufrieden und verlangen, daß vor Abschluß derartiger bedeutungsvoller Verträge eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werde.

Schwenninger-Mühlhausen: Ein Reichstisch sei zu vermeiden. Man solle untersuchen, ob nicht die passivere Position bei geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden solle.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Reich-Leipzig: Wenn die Kameraden mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden waren, so tragen daran die Hauptvorstände die Schuld.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Drei Unica. Man schreibt der „Frankf. Zig.“ aus der Schweiz: Der größte kleinere Viadukt, den die Ingenieurkunst bisher ausgeführt hat, wird Anfang Mai zusammen mit der Straße Filisur-Davos der Mäliser Eisenbahnen dem Verkehr übergeben werden.

Aus aller Welt.

Zum Grillparzer-Gebächtnis. Folgender Aufruf geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Der Stadtrat der Reichshauptstadt Wien hat den Beschluß gefaßt, das Andenken des größten österreichischen Dichters, Franz Grillparzers, durch die Veranstaltung einer würdigen kritischen Ausgabe seiner sämtlichen Werke zu ehren...

im Verlage der Buch- und Kunsthandlung Gerlach u. Wiedling in Wien in 25 Bänden erscheinen wird. Sie soll neben allen abgehandelten literarischen und profanischen Arbeiten auch die Entwürfe und Fragmente, die Studien und Tagebücher, die Briefe von dem Dichter und an ihn, endlich die von ihm verfaßten Aktenstücke in umfassender Weise vereinigen.

Zur Vervollständigung des in der Berliner Stadtbibliothek bereits aufbewahrten bedeutenden Handschriftenbestandes werden sich der Unterzeichnete hiermit an alle Bibliotheken, Archive, Theater, Vereine, Verlagsbuchhandlungen, Autographensammlungen etc. mit der ergebenen Bitte, dem Herausgeber alles zerstreute einschlägige Material möglichst zugänglich zu machen.

Die Zufindung von Handschriften wird an die Direktion der Wiener Stadtbibliothek (Wien I, Rathaus) erbeten, wo für feuerfichere Aufbewahrung und pünktliche Rücksendung, sowie für Vergütung der Kosten der Originalen als unermäßig erweisen, so werden möglichst genaue (am besten photographische) Kopien erbeten.

Jede Förderung der Ausgabe wird in dieser dankbar bezeichnet werden.

Dr. Karl Zieger, Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Der Weg der Zugvögel nach Süden. Wir lesen im Pester Lloyd: Der Direktor des deutschen katholischen Hospizes in Jerusalem, P. Ernst Schmitz, hat die ungarische ornithologische Zentralstelle verständigt, daß am 9. April eine aus mehr als 2000 Störchen bestehende Gruppe von Zugvögeln bei einem See in der Nähe von Jerusalem rast hielt.

einen Ring mit folgender Aufschrift: „Ornith. Exped. Budapest. Ungar. Zentr. 293“. Nach dem Register der ornithologischen Zentrale wurde dieser Storch am 8. Juli 1908 mit dem Ring versehen.

Religion und Geschäft. Wie die Pfälzische Post mitteilt, läßt eine Buchhandlung in Kaiserslautern in den Schulen während der Religionsstunden kleine Karten an die Kommunianten verteilen, die das Bild Jesu zeigen, wie er vor einer Kommunionstafel steht.

Literatur.

Wochenzeitung 1909. In den nächsten Tagen gelangt die künstlerisch illustrierte Wochenzeitung der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur Ausgabe.

Die Mainnummer des „Wahren Jacob“ zeigt als farbigen Titelbild eine Allegorie „Zum ersten Mai“, in der die aufgehende Maiensonne, von der sich die visionäre Gestalt der Freiheitstänze abhebt, alles lichterleuchtende Gestalt in den Schlußwinkel versenkt.

